

Bezugspreis: Vierteljahr 1,20 RM., monatlich 1,00 RM. ... Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Anzeigenpreis: Die achtspaltige Nonpareilzeile kostet 1,20 RM. ... Einzelhefte 5 Pfennig.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190-15197.

Dienstag, den 13. Mai 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753-54.

Der Schrei des deutschen Volkes.

Regierung und Nationalversammlung gegen den Gewaltfrieden.

In der Aula der Universität. Gedämpftes Oberlicht ... die Saalkasse, wo die Abgeordneten in engen Sitzreihen ...

Wohin ist der feine, prunkende Glanz der Ministerbänke ... die einfachen Männer des Volkes, ernst und schlicht ...

Scheidemann spricht: Die Qual, die aus seinen Worten spricht, verdußert noch mehr die Gesichter ...

„Wehe denen, die den Krieg heraufbeschworen haben! Aber dreimal Wehe über die, welche heute einen wahren Frieden ...“

Nach Scheidemann Dirck, Gröber, Graf Kosobrodski ... Auch Herr Stresemann redet. Er hat sich geändert ...

Genossin Bohm-Schuch wird zur Stimme der Klagenden Mütter, Frauen und Kinder ...

Für die Unabhängigen ergreift Gaaje das Wort ... Und er geißelt schonungslos die weltgeschichtlich beispiellose Brutalität ...

Wir müssen unterzeichnen, schließt er, nur der Sozialismus wird Deutschland retten ... Das ist die tiefste Tragik dieser Stunde.

Deutsche Nationalversammlung.

Die Regierungsbänke, die Plätze der Abgeordneten und die Tribünen sind voll besetzt. Am Regierungstisch: Scheidemann, Erzberger, Bauer, Wissell ...

Officht zu erfüllen. Sie lagen im Festraume der Berliner Universität. In diesem Raume versammelten wir, Lehrer und Schüler ...

Das sind die unerbittlichen Feinde und die „großmütigen“ Sieger von heute. Dieses deutsche Volk wollen sie vernichten ...

Präsident Fehrenbach spricht den Dank der Versammlung von ganzem Herzen für die freundliche Begrüßung aus.

Das Haus tritt in die Tagesordnung ein: Entgegennahme einer Erklärung über die Friedensbedingungen.

Ministerpräsident Scheidemann: Meine Damen und Herren! Die Deutsche Nationalversammlung ist heute zusammengetreten ...

Wir gehören zusammen, wir müssen beieinander bleiben, wir sind ein Volk und ein Volk, und wer uns zu trennen versucht ...

Dies Buch darf nicht zum Gefetzbuch der Zukunft werden.

Ich habe die zuerst uns übermittelten Bedingungen unserer Gegner vor ein paar Tagen in Vergleich gesetzt mit den entsprechenden Programmpunkten des Präsidenten Wilson ...

Meine Damen und Herren! Ueberall in Berlin hört das Plakat, das für unsere Brüder in der Gefangenschaft verkündete Liebe ...

60 Millionen hinter Stacheldraht und Kettersgittern, 60 Millionen bei der Zwangsarbeit, denen die Feinde das eigene Land zum Gefangenlager machen!

Deutschland wird, wenn diese Bedingungen angenommen werden, nicht mehr sein eigen nennen, was außerhalb dieser seiner verengten Grenzen liegt.

Aber noch lange nicht genug: Wo bestimmt der Rat der Vier Verträge zwischen Feinden gelten als wichtig.

„Angenommen solche Verträge, deren Ausführung eine Regierung der alliierten oder assoziierten Mächte zugunsten eines ihrer Staatsangehörigen binnen sechs Monaten verlangt.“

O, ein Grundgesetz, den die Entente bis ins Kleinste durchwacht haben will, das ist das Kerkerbild nach der einen Seite, dem Russland zu ohne Schiffe ...

Und im Inland? Die lothringischen Erze, die ober-schlesische Kohle, das ostfälische Kali ...

Und, weil velleicht all dieses Roh von Befestigung, von Demütigung, von Austreibung noch nicht anspricht ...

Das, meine Damen und Herren, sind einige Beispiele der Vertragbestimmungen, bei deren Befestigung ...

Wir sehen unsere heilige Aufgabe darin, zu Verhandlungen zu kommen.

Dieser Vertrag ist nach Auffassung der Reichsregierung unannehmbar, so unannehmbar, daß ich noch nicht zu glauben vermag ...

Da und dort regt sich schon die Einsicht und die gemeinsame Menschheitsverantwortung. In den neutralen Ländern, in Italien und England ...

Wir grüßen Euch, wir danken Euch und wir halten zu Euch! Ich rechte nicht mit den anderen, denen der Rüstung noch nicht die genug geflochten, noch nicht erz, noch nicht martertvoll ist.

kennen unseren Weg. Ueber diese Bedingungen darf er nicht führen! Es hieße nicht an Deutschlands Zukunft zweifeln, sondern diese Zukunft opfern, wenn wir anders denken und fühlen wollen.

Sehen Sie uns bei der Anbahnung der Verhandlungen. Ein einiges Volk vermag viel, ganz besonders, wenn es, wie wir heute, nicht nur für uns selbst, sondern für die Gesellschaft der Nationen dagegen protestieren, daß

Das Versteigt, Blut für immer verkauft
werden! Können den Mitgliedern der deutschen Nationalversammlung, gilt heute das Wort: Der Menschheit Würde ist in Eure Hand gegeben! Bewahrt sie!

Wird dieser Vertrag wirklich unterschrieben, so ist nicht Deutschlands Leide allein, die auf dem Schlachtfeld von Versailles liegen bleibt. Daneben werden als ebenso edle Leiden liegen das Selbstbestimmungsrecht der Völker, die Unabhängigkeit der Nationen, der Glaube an all die schönen Ideale, unter deren Banner die Entente zu fechten vorgab, und vor allem der Glaube an die Vertragstreue!

Eine Verwilderung der stillen und moralischen Begriffe ohne Gleichen, das wäre die Folge eines solchen Vertrages von Versailles. Das Signal für den Anbruch einer Zeit, in der wieder, wie vier Jahre lang vor heimtückischer, grauamer, feiger, die Nation das mächtigste Opfer der Nation, der Mensch des Menschens Wolf wäre! Wir wissen es und wollen es ehrlich tragen, daß dieser kommende Friede für uns eine Rarität sein wird. Wir weichen nicht um Federn Breite von dem zurück, was unsere Pflicht ist, was wir zugefagt haben, was wir ertragen müssen! Aber nur ein Vertrag, der gehalten werden kann,

ein Vertrag, der uns am Leben läßt,
der uns das Leben, als unser einziges Kapital zur Arbeit und Wiedergutmachung läßt, nur ein solcher Vertrag kann die Welt wieder aufbauen! Solchem Vertrag — unsere Unterchrift, seine Bestimmungen — unsere Treue, seine Auflagen — all unsere Kraft und Arbeit!

Der Arbeitsfriede ist unser Ziel und unsere Hoffnung!
Durch ihn können wir den berechtigten Forderungen unserer Gegner gerecht werden, durch ihn allein aber auch unser Volk wieder zur völligen Gesundheit führen.

Heute sieht es fast so aus, als sei das blutige Schlachtfeld von der Nordsee bis zur Schweizer Grenze noch einmal in Versailles lebendig geworden, als kämpften Gepeinigter über all den Leichenbürgeln nach einem letzten Kampf des Hasses und der Verzweiflung. Wir kämpfen nicht mehr, wir wollen den Frieden. Wir stehen mit Grauen an Beispiel unserer Gegner, welche Verzerrungen Gewaltpolitik und brutaler Militarismus hervorbringen. Wir wenden uns schauernd von dem jahrelangen Nord. Gewiß: Wehe denen, die den Krieg heraufbeschworen haben! Aber dreimal Wehe über die, welche heute einen wahrhaften Frieden verzögern, auch nur um einen Tag!

Die Rede des Ministerpräsidenten war von Anfang bis zu Ende mit Anerkennung lebhafter Zustimmung begleitet und vielfach durch stürmischen Beifall unterbrochen. Nach den Worten: Dieser Vertrag ist nach der Auffassung der Reichsregierung unannehmbar, erhob sich das Haus und beifällige die Worte des Ministerpräsidenten mit stürmischen Stundgebungen des Beifalls und allgemeinem Händeklatschen; auch die Tribünen nahmen an dieser Stundgebung lauten und lebhaften Anteil, ohne daß der Präsident gewacht hätte, so gewaltig war diese entschlossene Stundgebung eines einmütigen Volkswillens in der Stunde der größten Not.

Preussischer Ministerpräsident Hirsch:
Im Auftrage der Regierung sämtlicher deutschen Freistaaten habe ich folgende Erklärung abgegeben: In allen Ecken Deutschlands lodert in diesen dunkelsten Tagen unseres Volkes die Erbitterung auf über den Friedensvorschlag unserer Feinde. Sie haben im Herbst vorigen Jahres feierlich den Rechtsfriede von Versailles, auf dieses Versprechen hin legten wir die Waffen nieder. Nun bieten sie den Beifolgsamen einen Frieden der Gewalt. Die Feinde wollen uns für alle Zeiten aus der Reihe der Kulturstaaten der Welt streichen und wieder wie einst zur völligen Ohnmacht verdammen. Sie wollen das arbeitstreibende deutsche Volk zu einem Knechtvolk machen. Demgegenüber erklären wir, die Vertreter aller deutschen Freistaaten, vor aller Welt:

Lieber tot als Sklave!
(Beifall.) Die Bedingungen, die dieser Friedensvorschlag und aufzulegen will, sind selbst von dem empfangsbereitesten Volke nicht

zu tragen. Die Ausführung ist eine Unmöglichkeit, darum ist dieser Friedensvorschlag unannehmbar. (Lebhafter Beifall.) Wir sind in diesem Urtheil einig mit der Reichsregierung (Beifall), wir stehen einig und geschlossen hinter ihr. (Beifall.) Wir sprechen ihr in dieser Stunde unser volles Vertrauen aus. Die Reichsregierung hat unsere Zustimmung in dem Entschluß, diesem Friedensentwurf der Gewalt einen solchen des Rechts, der Wiedergutmachung und der Völkerverständigung entgegenzusetzen. Unsere Feinde mögen sich hüten, auf irgendeine Uneinigkeit der deutschen Stämme zu rechnen. (Lebhafter Beifall.) In der bittersten und furchtbarsten Not, die unser Volk jeht heimgesucht hat, stehen wir alle in unerschütterlicher Treue zum großen deutschen Vaterlande. (Lebhafter Beifall.)

Das Deutschland von 1919 ist ein anderes als das von 1914,
es ist ein neues, freies, demokratisches Deutschland. (Beifall.) Das freie Volk wird auch aus diesem Unheil einen Ausweg finden, der alle Völker der Welt mit empörte. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Müller-Breslau (Soz.):
In allen Ländern haben sich jahrelang Millionen noch dem Tage gefreut, an dem zum ersten Male erkauft von dem fognenden Frieden die Rede sein würde. Bei dem jetzigen Friedensentwurf kann aber von einem Rechtsfrieden nicht gesprochen werden. Der Wahrheit gemäß müßte in diesem Entwurf ein Paragraph enthalten sein des Inhalts, daß das deutsche Volk auf einen Rechtsfrieden verzichtet. (Sehr richtig!) Jetzt, wo Deutschland wehrlos gemacht ist, wollen der französische Militarismus und der englische Kapitalismus weiter ihr Unwesen treiben, während man uns politisch und wirtschaftlich knechtet. Wir Sozialdemokraten können einen Rechtsfrieden verlangen, denn wir sind, als die militärische Lage Deutschlands günstig war, für einen Frieden der Verständigung eingetreten. (Sehr richtig!) bei den Sozialdemokraten.)

Kerndeutsche Volksteile fallen unter das Joch der Fremdherrschaft kommen.

Das ist der reine Lohn auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker. (Lebhafter Zustimmung.) Wir erkennen das Wilson-Programm als für uns verbindlich an. Wir sind mit unseren österreichischen Brüdern ein Herz und eine Seele, wir gehören zusammen, und nur die Gewalt kann uns trennen. (Stürmischer Beifall.) Wir erheben Einspruch gegen jede gewalttätige Trennung deutscher Volksteile vom Körper des Reiches und fordern, daß unsere Unterhändler in Versailles mit allen Mitteln durchsetzen, daß nirgends ein Teil des deutschen Volkes von Deutschland losgetrennt wird, ohne daß eine Zustimmung darüber stattfindet. (Lebhafter wiederholte Zustimmung.)

Das deutsche Volk läßt sich auf die Dauer nicht geknechten,
und der Tag muß kommen, an dem ein wirklicher Völkerverbund entsteht, wo die Arbeiter der ganzen Welt dem deutschen Volk für sein Verhalten in dieser Stunde Recht geben werden. Wilson hat feierlich versprochen, daß diesem Völkerbund Vorkriegsbeziehungen folgen solle. Was sind die finanziellen und wirtschaftlichen Bindungen oder anders als ein Wirtschaftskrieg in der brutalsten Form? (Lebhafter allseitige Zustimmung.) Deshalb sagen wir:

Dieser Friedensentwurf ist unerträglich und unerfüllbar
und daher unannehmbar.

(Stürmischer Beifall.) Wir stehen mit dieser Auffassung nicht allein. Am Sonntag hat der holländische Sozialistenführer Troelstra in Amstern ebenfalls erklärt, daß dieser Friedensentwurf für das deutsche Volk unannehmbar und ein Unglück nicht nur für Deutschland, sondern für die ganze Menschheit sei. (Hör! Hör!) Wir wollen ernsthaft die Sünden der Vergangenheit büßen. Wir wollen Schadenersatz leisten für Belgien und Nordfrankreich. Wenn man aber das deutsche Volk zwingt, einen Vertrag zu unterschreiben, der über seine Kraft geht, also ihm etwas zumutet, was es nicht erfüllen kann, so wird die junge Republik erneut in den Ruf der Noeidentität und der Elige kommen. Das aber darf nicht sein. Wir lehnen einen Vertrag ab, der uns alles nimmt und nichts gibt.

Dieser Friedensvertrag ist ein Werk der sturköpfigen Entente-Kapitalisten

und bringt daher den Arbeitern überhaupt nichts. Der deutsche Arbeiter soll verkauft werden, damit die deutsche Republik durch ihre Tätigkeit auf sozialpolitischem Gebiet in der Welt keine moralischen Eroberungen machen kann. (Sehr richtig!) links.) Mit dem deutschen Sozialismus aber wollen

die Entente-Kapitalisten den Sozialismus in allen Ländern treffen. (Sehr richtig!) bei den Sozialdemokraten.) Deshalb ist dieser Friedensvertrag im Grunde genommen das furchtbarste Sozialistengesetz, das es jemals gegeben hat. (Sehr richtig!) bei den Sozialdemokraten.) Komme, was kommen mag, in einer Zeit, in der selbst die letzten Nationen zu selbständigen staatlichen Leben erweckt werden, läßt sich das deutsche Volk nicht zur Sklaverei verurteilen. Das mag sich Europa an diesem dunkeln Tage deutscher Geschichte merken. (Stürmischer Beifall.)

(Schluß in der Beilage.)

Proteste Pariser Sozialisten.

Jeder Satz eine Rechtsverletzung.

Verailles, 12. Mai. „Humanité“ berichtet von starkem Beifall der getrigen Versammlung der sozialistischen Verbände des Seine-Departements in Paris. Das Proletariat habe durch stürmischen Beifall für die Redner gezeigt, daß es von einem Gewaltfrieden nichts wissen wolle.

Zuerst warf Verneuil der sozialistischen Partei ihre Haltung im Kriege vor. Auf die österreichischen Friedensvorschläge habe man nicht eingehen wollen, weil die Führer Frankreichs erklärt hätten, das wäre ein hinlänglicher Friede. Nach dem Siege aber habe es sich gezeigt, daß man Eroberungen wolle; der Versailler Friede mit seinen Annexionen, seiner wirtschaftlichen Anrechnung, den furchtbaren Entschädigungen und dem Zerstückeln eines Völkerbundes sei schlimmer als der Friede von Breßlitz. er zeige den Bankrott der Wilsonschen Ideen von Recht, Freiheit und Gerechtigkeit.

Frossard wünschte Einberufung eines Nationalkongresses, um die ernste Lage zu prüfen und der Parlamentariergruppe und der Parteileitung Richtlinien zu geben. Der Völkerverbund ist die schlimmste Prellerei, da man Deutschland, Oesterreich und die russische Revolution davon ausschließt und ihn in ein kapitalistisches Schindluder zur Ausbeutung der Welt verwandelt.

Sodann erhob Cachin Einspruch gegen die Art, wie das Saarland und das linke Rheinufer verwaltet werden sollten; England stehe beinahe alle deutschen Kolonien ein und erhalte die Stimme Ägyptens und die Unabhängigkeitsbewegungen in seinen Kolonien. Der angebliche Rechtsfriede sei ein Gewaltfrieden geworden. Cachin streifte dann die inneren Kämpfe zwischen den Mehrheitssozialdemokraten und den Unabhängigen in Deutschland und meinte, daß die Lage der Scheibemannschen Regierung gefährdet seien und Haase und die Unabhängigen zur Macht gelangen würden; dies sei die Vorbedingung für die Wiederherstellung des Versailler Friedens.

Als letzter Redner erklärte Loriot, dieser Friedensvertrag sei nur ein Kriegsvertrag; die Bourgeois müßten gestürzt werden, damit die Sozialisten einen revolutionären Frieden schließen könnten.

Endlich wurde einstimmig eine Tagesordnung angenommen, in der die Sozialisten feststellen, daß die Regierungen in jedem Satz des Versailler Vertrages das Recht verletzen. Die Sozialisten widersprechen voll Empörung der Entente die Einseitigkeit und Unbilligkeit. Alle Vereinigungen des Proletariats sollten die kräftigste Aktion gegen den jetzt entworfenen Imperialismus der Entente anbahnen. Unter dem Gesange der Internationalen löste die Versammlung sich auf.

Die Zurückziehung der amerikanischen Truppen.

Nach Washingtoner Meldungen behält es sich, daß unmittelbar nach Unterzeichnung des Friedensvertrages die amerikanischen Besatzungstruppen aus Deutschland zurückgezogen und in die Einschliffungsbahnen zwecks Ueberführung nach den Vereinigten Staaten gebracht werden sollen. Entsprechende Absichten des Kriegsdepartements mit Zustimmung des Präsidenten Wilson sollen alle Expeditionskräfte mit Einschluß der Okkupationstruppen des Präsidenten des Roten Europa spätestens im kommenden September verlassen haben.

Einst und jetzt.

Von den Friedensverhandlungen 1871 u. 1919.

Die Zeiten ändern sich. Niemals ist der Kontrast zwischen „Einst und Jetzt“ krasser zutage getreten, insbesondere in Bezug auf die Handlungsweise und Denkart der Völker, als wenn man die Zeitungen von 1871 und 1919 zur Hand nimmt und die Berichte über die Friedensverhandlungen von damals und heute vergleicht. Damit soll nicht der Inhalt der Friedensverhandlungen an und für sich gemeint sein; eine Parallele zu ziehen macht der Unterschied zwischen der Ursache, dem Umfang und dem Ende der Kriege von einst und jetzt unmöglich, aber eines dürfte doch daselbe geblieben sein, der Wille der Männer beider, die zu den Friedensverhandlungen kamen, war damals wie heute: Frieden zu schließen und nach den Jahren des Nordens, der Verwüstung und des Elends diejenigen Grundlagen festzulegen, auf denen es allen Völkern möglich gemacht werden sollte, sich wieder aufzurichten und weiterzuleben. Welch himmelweiter Unterschied liegt zwischen dem ruhigen, sachlichen, ja direkt nüchternen Ton der damaligen deutschen Zeitungen und den mit Siegesgeschrei und Bemühungswillen angefüllten heutigen Blättern unserer Feinde. Wie schneidend drängt sich der Unterschied auf, zwischen der Behandlung, die der plumpe, bäuerliche Michel 1871 den französischen Gefangenen zu den Friedensverhandlungen Jules Favre und Rouher-Quertier in Frankfurt a. M. angedeihen ließ und derjenigen, der unsere deutschen Gefangenen nun in dem Lande der geborenen Höflichkeit ausgesetzt sind.

Damals schrieb die „Frankfurter Zeitung“ unterm 6. Mai 1871: „Der Herd der diplomatischen Mission zwischen Frankreich und Deutschland ist plöblich nach Frankfurt a. M. verlegt. Gestern trafen die französischen Minister Jules Favre und Rouher-Quertier einersits und der deutsche Reichsminister Fürst Bismarck andererseits zu einer Besprechung hier ein. Was der eigentliche Zweck und Anlaß der Konferenz ist, ist klar: die Hauptakteure treten zusammen, um einen Ausgleich der Differenzen zu versuchen, welche bei den Verhandlungen in Brüssel sich herausgestellt haben und welche von den dortigen Unterhändlern nicht beizulegen waren. Die Differenzen betreffen, den Mitteilungen der Berliner Offiziösen zufolge hauptsächlich in Geldfragen. Es handelt sich um die Zahlung der fünf Milliarden.“ Sein weiterer Kommentar: „Nach einer kurzen Notiz, daß Fürst Bismarck im „Hotel Schwan“ und Jules Favre und Rouher-Quertier im „Russischen Hof“ abgestiegen seien. Keine Absperrung, keine Bewegungseinschränkung der französischen Gefangenen. Bei der am 6. Mai 1871 stattgefundenen ersten Konferenz war nur das Grotte im Hotel Schwan, dem Hotel Bismarcks, dem Publikum verschlossen und im Hotel selbst große Ruhe“ als Parole ausgegeben. Nur die gedrückte Stimmung Jules Favres fiel auf, als er nach seinem Hotel zurückfuhr.

Täglich brachten nun die Zeitungen Berichte über den mü-

hschlichen Inhalt der Konferenzen, von Absperrungsmaßnahmen war aber niemals die Rede, im Gegenteil, unterm 8. Mai 1871 wußte die „Frankfurter“ zu melden, daß Herr Anton Dahn, vom Bankhause R. A. Dahn dem Vernehmen nach am Sonntag vom französischen Finanzminister Rouher-Quertier zu einer Beratung eingeladen sei und unterm 10. Mai 1871 brachte sie die denkwürdige Notiz: „Die Vermutung, daß der definitive Abschluß des Friedens hier in Frankfurt a. M. zu erwarten sei, bestätigt sich. In der heutigen Konferenz kam es, wie wir hören, zum Abschluß. Von der offiziellen „Fr. Presse“ wird das Ereignis mit folgenden Worten gemeldet: Nachmittags 2 1/2 Uhr. Soeben ist der definitive Friedensschluß von sämtlichen Bevollmächtigten unterzeichnet worden. Heute Abend gegen 6 Uhr speist Fürst Bismarck bei Oberbürgermeister Dr. Rumm, auch die französischen Diplomaten sollen geladen sein.“ (!) Klingt das nicht wie ein Märchen, wenn man an die unwürdige Behandlung unserer deutschen Gefangenen in Versailles heute denkt?

Und dann wenn man die Meldung der „Frankfurter“ v. 11. Mai 1871 sich betrachtet, die lautete: „Die Unterzeichnung des Friedensprotokolls erfolgte gestern Nachmittag um 4 1/2 Uhr. Um 4 1/2 Uhr begab sich Jules Favre aus dem Schwan per Wagen hinweg. Instinktiv möchte man fast sagen, zog die Menge den Hut, als Favre in den Steinweg einbog, denn jeder mochte fühlen, daß nun ein großer Akt vollzogen und ein neuer Gedankenstein in der Geschichte Europas gesetzt sei. Die französischen Diplomaten trafen gestern Abend gegen 7 Uhr ab. Heute früh ist auch Fürst Bismarck abgereist.“

Vor unserem Auge steht diese Menge, die damals schweigend und ehrfurchtsvoll vor dem Feinde den Hut zog, und heute behandelt man die deutschen Gefangenen in Versailles nicht besser als Gaseerensträflinge im Bagno, in Frankreich, dessen Devise „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ lautete. So ändern sich die Zeiten und die Völker. Das deutsche Volk hat schwer und bitter während des Krieges gelitten und gekämpft, es muß jetzt seine Gefangenen unwürdig behandelt und seine gefangenen Brüder unredlich zurückgehalten sein. Kein klammernder Protest wird ihnen, kein Hinweis auch darauf, daß am 12. Mai 1871 Favre und Rouher-Quertier, als sie von Frankfurt a. M. nach Mainz anliefen, dort am selben Tage noch die Lager der gefangenen Franzosen besuchten, um dann per Extrazug nach Versailles zurückzufahren. Keine Absperrung wird eintreten, wenn auch die „Frankfurter“ unterm 15. Mai 1871 die uns heute unfähige Latsche berichtet: „Seit dem 12. d. Mts. haben infolge des in unserer Stadt geschlossenen Friedens die Gefangenenrücktransporte aus den innerdeutschen Festungen in ziemlich umfassendem Maßstab begonnen. Beschränkungen sollen und werden durch diese sogenannten Franzosenzüge nicht eintreten. Es gehen täglich 5 bis 6 Züge, jeder mit 1200 bis 1500 Mann, teils über Gießen nach Köln, teils über hier nach Frankfurt bzw. Logau,

woselbst die Mannschaften der Versailler Regierung zur Bildung neuer Truppenkörper übergeben werden. (!) Ueber die Heimkehr unserer Truppen hierher aus Frankreich ist noch nichts spezielles bekannt, sondern nur im allgemeinen beschlossen, daß die Bundeswehr jeht möglichst rasch heimbeordert und entlassen werden soll.“

Und die deutschen Gefangenen?

Abend alter Orchestermusik.

Unter dem Namen „Neue Musikgesellschaft“ ist eine Vereinigung ins Leben getreten, die es sich zur Aufgabe macht, ihren Mitgliedern bedeutende Musikwerke, die nur selten oder unvollkommen zu Gehör gebracht werden, in erklaffiger Wiedergabe zu übermitteln. In der nächsten Spielzeit sollen je acht große Orchester- und Chorsonate, außerdem je sechs Kammermusik- und Liederabende stattfinden. Die erste Veranstaltung in der Singakademie mußte vorweg die „Leute vom Bau“ interessieren. Sie bestand aus philharmonischen Werken von zwischen dem 17. und 18. Jahrhundert blühenden Tonsetzern; für kleine Streichorchester (vereinzelt mit Flöte, Oboe, Fagott und Cembalo) bedient. Darunter fiel besonders auf eine „Trauerinsonne“ des Italieners Locatelli, die, auf den Tod seiner Frau, also aus einem persönlichen Schmerzerleben, geschrieben, in fünf Sätzen allen Jammer, alles Klagen um den herben Verlust in ergreifenden Tönen zum Ausdruck bringt. Von Händel sprach ein „Concerto grosso in G-Dur“ sehr an. Der Operndramatiker ist darin un schwer zu erkennen. Am Mittelpunkt stand aber doch dreifaches „Violinconcert in E-Dur“. Dies um so mehr, als es von Carl Flesch gerabezu dämonisch fortwährend und außerordentlich kunstvoll gespielt wurde. Eine „Serenade“ (Nr. 6) für Orchester mit Violine und ein Solisten-Orchester für zwei Geigen, Bratsche, Cello, Bass von Mozart gab dem Programm, auch in kompositorischer Hinsicht, einen verheißungsvollen die Zukunft der Musik verheißenden Abschluß. Hermann Scherchen dirigiert ein Kammerorchester von festem Klang; denn es steht sich aus lauter bemerkenswerten solistischen Kräften zusammen. Schon diese Tafel... Bericht für den künstlerischen Ernst des neuen Unternehmens.

Notizen.

— Theater. Im „Theater des Westens“ findet diese Woche ein Operngastspiel unter Leitung von Traugott Döh statt.

— Vorträge. Treptow-Strömung: 13. Mai, 7 Uhr: „Die Sonne und ihre Flecken“ (Sichtbildvortrag von Dr. Ardenhold), 14. Mai, 7 1/2 Uhr: „Werden und Vergehen unserer deutschen Rüste“ (Vortrag mit Lichtbildern von Dr. Spehmann).

— Erst Krankenwärter — dann Arzt. Prof. Dr. Kerschbamer macht in der „Münchener Medizinischen Wochenschrift“ Vorschläge für die Neuordnung des medizinischen Unterrichts. Das neunste Semestrialjahr soll fallen gelassen und dazu benutzt werden, dem künftigen Arzt eine höhere allgemeine Bildung zu geben. Um dem angehenden Arzt die Möglichkeit einer Prüfung für seine Neigung und Befähigung zu dem Beruf zu geben, soll er vor Beginn der Fachstudien etwa sechs Wochen als Krankenwärter beschäftigt werden.

Der Protest der Nationalversammlung.

(Schluß aus dem Hauptblatt.)

Abg. Graeber (Zentr.):

In tiefster Trauer und bitterstem Schmerz über das Unglück unseres Vaterlandes nimmt auch das Zentrum Stellung zu dem Vertragsentwurf der Entente. Was uns jetzt vorliegt, läßt von den Wilsonschen Punkten keine Spur mehr erkennen.

Das ist ein Wortbruch im vollsten Sinne des Wortes.

Die Wilsonschen Grundzüge sind aufgebaut auf dem Selbstbestimmungsrecht der Völker und Beachtung der Nationalität. Wo ist in den ungestrichelten Bedingungen vom deutschen Selbstbestimmungsrecht und der Achtung vor der deutschen Nationalität etwas zu finden? Sogar den Deutschösterreichern soll der Anschluß an Deutschland verweigert werden. Deutschland soll wehrlos gemacht und die obligatorische Dienstpflicht abgeschafft werden. Bedingungen solcher Art verraten das schlechte englische Gewissen. Am unannehmlichsten sind die finanziellen Friedensbedingungen. Wird mit ihnen ernst gemacht, also der Befriedigung der Feinde durch deutsches Geld vor der Befriedigung der inländischen Zahlungsvorgaben, so wären Reich und Einzelstaaten zum Bankrott gezwungen. (Sehr richtig!)

Auch die Millionen kleiner Sparer wären ruiniert. — Solche Friedensbedingungen sind sogar vom Standpunkt unserer Feinde aus unerträglich.

(Sehr richtig!) Wenn endlich auch noch von uns verlangt wird, daß wir uns verpflichten sollen, den deutschen Kaiser und eine Anzahl politischer und militärischer Führer an ein Gericht unserer Feinde zur Aburteilung auszuliefern, so weisen wir eine solche Zumutung mit Entschiedenheit zurück. (Beifall.) Kein deutscher Mann darf noch uralten Rechtsgrundsätzen einem ausländischen Gericht ausgeliefert werden. In diesem Grundgesetz halten wir fest. Das Vertrauen in die Grundzüge der Gerechtigkeit und Freiheit der Völker an Ehre und Treue der Menschheit muß die tiefste Erschütterung erleiden, wenn die Feinde ein Volk niedertreten, nachdem sie so lange Zeit Gerechtigkeit und Freiheit in Aussicht gestellt und ausdrücklich zugesichert haben. Gegen die drohende Gewalt wird deshalb nicht nur das deutsche Volk, sondern die ganze Menschheit, soweit sie sich noch ein freies Urteil bewahrt hat, entschieden Protest einlegen. (Beifall.)

Frau Behm-Schuch (Soz.):

Die Frauen aller Länder haben während des Krieges Infanterie erlitten. Das Leid der Frauen und Mütter war international. Aus deutsche Frauen eine mit den Frauen der ganzen Welt das unsagbare Leid des Krieges, deshalb haben wir gegen ihn gekämpft, und wir glauben, die Frauen der ganzen Welt, auch in den uns feindlichen Ländern, führten diesen Kampf mit uns und wir könnten nur ihre Stimme nicht hören. Wir hoffen nicht auf die Gnade der Entente, aber

wir glauben an die Gerechtigkeit der Völker,

die von ihnen heraus einen Frieden schaffen werden auf der Grundlage der 14 Punkte Wilsons. Man will uns etwas Mehl, Fleisch und Milch geben, dafür nimmt man uns aber die Kornkammer im eigenen Volk, die Rindvieh- und das Fleischvieh. Man verkauft uns Kohle, aber man nimmt uns die eigenen. Mit den Rohstoffgebieten nimmt man aber Hunderttausenden unserer Volksgenossen die Heimat. Wir wollen den Frieden, aber nicht das Zerstückeln eines Friedens. Darum müssen unsere Schwächen in den heute noch feindlichen Ländern sich uns anstellen in dem Kampf für einen gerechten Frieden. (Beifall.)

Abg. Gauhmann (Dem.):

Die Demokraten von Frankreich, England und Amerika haben erkennen lassen, daß sie die Grundzüge der Demokratie verewigen lassen wollen. Dieser Friede ist eine neue Form langwieriger Fokierung eines ganzen Volkes. Man mag sogar im Artikel 432 zu sagen: Die durch den jetzigen Vertrag nicht erledigten Fragen werden Gegenstand späterer Verhandlung sein, welche anzuerkennen Deutschland schon jetzt sich verpflichtet. (Große Bewegung.) Man verzieht Deutschland, sich mit Oesterreich zusammenzufinden, aber die Geschichte der Völker lehrt, daß durch solche Verbote die Religion und die Liebe nur noch härter wird. (Sehr wahr!) Man beurteilt uns zu einer Wiedergutmachung, deren Höhe erst in den nächsten zwei Jahren festgestellt werden soll, und setzt dafür Bedingungen fest, deren Nichterfüllung den Gegnern das Recht geben soll, Köln, Mainz und das ganze linke Rheinufer an sich zu reißen.

Wie können wir noch von Sozialisation leben, was blühe für die Arbeiterräte noch zu tun? Die deutsche Industrie, die allein die verlangten Entschädigungen zu schaffen vermöchte, wird durch den Friedensvertrag ruiniert. Dieser Vertrag ist für meine Freunde unannehmbar. Das ist unsere einmütige Auffassung. Komme, was kommen mag, es kann nichts Schlimmeres kommen, als was die Selbstauflösung eines Volkes für uns bedeuten würde. (Wiederholter stürmischer Beifall.)

Wir Deutsche haben gelernt, den Krieg zu hassen.

Wir sind bereit, dem Militarismus unter der Voraussetzung der Gegenseitigkeit zu entsagen. Wir stellen uns mit Entschlossenheit auf den Boden der heutigen Erklärung der Regierung. Der Friedensvertrag ist und bleibt unannehmbar. (Beifall.)

Abg. Etta (Zentr.):

Zu den vielen unerträglichen Bedingungen, die uns durch den Friedensvertrag aufzuerlegen werden sollen, gehört auch die Abtrennung des größten Teils Oberschlesiens mit seinen reichen Kohlen- und Eisenschätzen. Die Radrede von dieser Bedingung hat in Oberschlesien, wie erst in den jüngsten Tagen die großen Kundgebungen in Oppeln bewiesen haben, die größte Entrüstung und Verärgerung hervorgerufen. Auch die polnisch sprechenden Bewohner Oberschlesiens empfinden durchaus deutsch, und niemals ist der deutsche Charakter dieses Landes schärfer in die Erscheinung getreten als jetzt im Weltkriege, wo Oberschlesien wiederholt sein deutsches Volkstum bewiesen hat. Daher muß Oberschlesien auch in Zukunft deutsch bleiben. (Beifall.)

Abg. Graf Welschowski (Dem. Sp.):

Dieser Vertragsentwurf ist ein Verstoß von französischer Rücksicht und englischer Brutalität. (Sehr richtig!) Man will eine ungeheure Brandstiftung am deutschen Goldbestand vornehmen. Was wird die Folge davon sein?

Unsere Verluste sind noch weiter hinten,

und wir werden noch mehr Geld aufbringen müssen, mehr, als wir überhaupt besitzen. Unsere Volksernährung ist notorisch so ungenügend, daß selbst ausländische Sachverständige, die Deutschland bereits haben, ausdrücklich erklärt haben, das deutsche Volk leide sich in einem gefährlichen Stadium der Unterernährung, und Amerika hat das zu demselben Zweck erklärt, uns Speck, Fleisch, kondensierte Milch usw. zu liefern. Und während man so auf der einen Seite mit Worten und mit Taten diesen Notstand anerkennt, macht man auf der anderen Seite ein Friedensinstrument, durch das man uns die letzten Reste unserer Vieh-

Hände wegnimmt. Ich glaube, man kann die ganze diplomatische Geschichte der Welt durchforschen, und man wird kein Altentstück finden, wo zwischen den erhabenen Gehirnen des Völkerrechts, des Völkerfriedens, der Selbstbestimmung und den nachfolgenden Taten ein so trauriger Gegensatz besteht wie im vorliegenden Falle. (Sehr richtig! und lebhafter Zustimmung.) Wilson sagt, die Zeit der Eroberung und Annektionen sei ein für allemal vorbei, und die Völker dürfen nicht hin und hergeschoben werden wie Steine im Spiel. Und dann genehmigt er einen Vertrag, durch den urdeutsche Gebiete im Osten wie im Westen von Deutschland losgerissen werden. Wenn Wilson vielmehr bei der von ihm geplanten Abgabe der Kolonialfragen einen Austausch von Kolonien im Auge gehabt haben sollte, dann müßte man uns doch zum mindesten die gewollten Werte anrechnen, die wir seit Jahrzehnten in unsere Kolonien hineingesteckt haben — sonst ist das Ganze ein purer, frivoler Raub. (Beifall.)

Es wird der Tag kommen, wo Deutschland aus der Finsternis zu neuem Lichte erlischt. (Beifall.)

Abg. Blum (Dem.): Als Vertreter Schleswig-Holsteins will ich eine kurze Erklärung abgeben. Nach den Vorschlägen der Feinde soll eine Volksabstimmung unter einer im wesentlichen feindlichen Besetzung in Schleswig vorgenommen werden. Nach den Wilsonschen Grundzügen sollen solche Abstimmungen nur da vorgenommen werden, wo ungewisse nationale Ansprüche eine Befriedigung verlangen. Das trifft aber höchstens für die nördliche der drei festgeschriebenen Zonen zu, wo 70 Proz. der Bevölkerung dänische Muttersprache haben. In dieser Zone aber will die Entente nicht nach Gemeinden, sondern en bloc abstimmen, so daß auch rein deutsche Gemeinden durch dänische Majorität erdrückt werden. Deutscher in schwersten Augenblicke unserer Geschichte haben wir Schleswig-Holsteiner das tiefste Vertrauen zur Regierung, daß sie die deutsche Bevölkerung Schleswigs nie und nimmermehr preisgeben wird. (Beifall.)

Abg. Schulz-Drobnitz: Weder der Joch der Demokratie noch wirtschaftlich handhabbar ist der Regierungsbesitz Dromberg polnisches Land. Wir haben daher ein heiliges Recht auf dieses Land. (Beifall.) Wir erklären, daß der Friedensvertrag für die Provinz Posen unerträglich und für alle Zeiten unannehmbar ist. (Beifall.)

Abg. Dr. Stresemann (D. Sp.): Wird dieser Friedensvertrag nicht abgeändert, so wird er der größte Weltbetrug, den es je gegeben hat. (Zustimmung.) — Abg. Reil: Das dürfen Sie aber nicht sagen! Alles, was auf Demütigung hinausläuft, ist französische Raube, alles, was uns wirtschaftlich vernichtet, kommt auf Englands Konto. Deutschland soll gerüstet, soll machlos, rechtlos und ehrlos auf ewige Zeiten sein, soll Fronarbeit für andere Mächte leisten. Dem setzen wir ein entschiedenes Nein entgegen. (Stürmischer Beifall.)

Abg. Daase (L. Soz.):

Die Friedensbedingungen stehen in scharfem Widerspruch zu den Grundzügen, die wir jetzt für den Frieden aufgestellt haben. Wir erheben daher scharfsten Protest. (Beifall.) Die Bestimmungen über das Saargebiet sind nichts weiter als eine notdürftig verkleidete Annexion. (Sehr richtig!) Der nördliche Teil Ostpreußens soll vom Reich abgetrennt werden. Ich kenne diese Gebiete seit 40 Jahren persönlich, und niemals hat diese Bevölkerung den Wunsch zu erkennen gegeben, sich vom Reich loszutrennen. Auch die Bodenerhebung Danzigs ist unentzerrlich mit den Grundzügen Wilsons.

Gewalt auf Gewalt.

Wir verlangen, daß überall der Wille der Bevölkerung entscheidet. Das gilt auch für die Forderung der Deutschösterreich, zum Reich zu kommen. Das deutsche Volk muß jetzt die Verbrechen und Sünden seiner herrschenden Klassen büßen. Reichlich suchen die früheren Gewalttäter jetzt die Spuren ihres Verbrechens zu verwischen und machen die Revolution für das verantwortlich, was das deutsche Volk jetzt dulden muß. Aber es ist historische Wahrheit, daß Hindenburg und Ludendorff im November 1918 der Regierung erklärt haben, der Krieg sei nicht mehr zu gewinnen, seine Fortsetzung unverantwortlich und ein sofortiger Waffenstillstand müsse nachgesucht werden. Die Schuldigen für dieses Unheil sind also ganz wo anders zu suchen. Wenn unter Hinweis auf die „Ingeklärten Stimmungen“ der letzten Tage betont wird, daß der Geist von 1914 wieder erweckt sei, so möge man sich darüber klar sein, daß die Arbeitermassen nicht noch einmal in den nationalistischen Taumel von damals verfallen werden. (Beifall und Handklatschen bei den L. Soz.) Wie der Friede noch den in die Wege geleiteten Verhandlungen ausfallen möge, das Volk wird schwer darunter zu leiden haben. Wir freuen uns, daß die Sozialisten anderer Länder mit der größten Entschlossenheit in dieser Frage ihre eigene Regierung bekämpfen. (Beifall bei den L. Soz.)

Die Weltrevolution ist auf dem Marsch,

mag sie auch langsamer weiterdrehen, als es vielen von uns erwünscht ist. Redner polemisiert gegen das Vorgehen der Regierung in Leipzig. Trotz dieser gewalttätigen Herausforderungen der Arbeiter beantwortet die Regierung auch heute noch eine Einigung des ganzen Volkes. Das Volk hat auf den Schlachtfeldern schon genug Blut vergossen; soll es sich jetzt auch noch durch die Soldaten der eigenen Regierung begünstigen lassen?

Frau Weber: Gupen und Kalmuck, die immer zum Deutschen Reich gehört und wirtschaftlich und kulturell aufs engste mit Deutschland verbunden sind, dürfen nicht von Deutschland losgerissen werden. Ich spreche im Namen des besetzten Gebietes, aber auch im Namen der Frauen, die heute in die Vorkämpfer eingetretten sind, wenn ich rufe: Wir wollen für Deutschland den Frieden und für die Welt den Völkerfrieden, aber dieses Ideal wird uns nicht durch den Friedensvertrag der Entente. Wir wollen Europa erlösen vom Imperialismus und von der Gewalttätigkeit, die sich in dem Vertragsentwurf von Versailles ausdrückt. Deutschland geht nicht unter! (Beifall.)

Abg. Schäfer (Soz.): Das Saargebiet, das eine rein deutsche Bevölkerung hat, will die Entente ebenso von Deutschland reißen wie das deutsche Oberschlesien.

Hunderttausende von Arbeitern würden dadurch brotlos gemacht. Die Bestimmung, daß Deutschland das Saargebiet behalten kann, wenn es früher die Bergwerke in Guld zurückkaufen kann, ist der Lohn zu dem Geld, das man uns zinslos. (Beifall.)

Abg. Graf Dohna (D. Sp.): Die Wilsonschen Punkte werden in der schlimmsten Weise verknüpft. Der Plan der Entente ist praktisch gar nicht durchführbar. Entweder Wilson meint es ernst mit dem Friedensangebot der Entente, dann würde der Segen seiner Wirklichkeit sich in Ruhe vermindern, oder er meint es ernst mit den von ihm verkündeten Grundzügen, dann muß er es begründen, wenn er im deutschen Volk den Rückhalt für seine Ideen findet, der ihm in seinem eigenen Volk zu fehlen scheint. In beiden Fällen sind aber die jetzigen Friedensbedingungen unannehmbar.

Abg. Dr. Quibbe (Dem.): Wir internationale Vorkämpfer haben mehr als irgendein anderer Veranlassung, mit der größten Schärfe gegen diese Friedensbedingungen aufzutreten.

Der Völkerbund soll eine Gemeinschaft gleichberechtigter, freier Völker sein.

Das wird er aber nicht nach den Wünschen der Entente. In den Friedensbedingungen liegt die größte Gefahr, daß wir in eine Entwicklung hineinkommen, die den Zielen des Völkerbundes entgegensteht. Es ist, als ob man aufsteigen wollte zu neuen Kämpfen. Wir dürfen in unserem Volke nicht die Auffassung aufkommen lassen, als gäbe es nur die Alternative, diesen Frieden entweder anzunehmen oder aber die Unterschrift zu verweigern.

Wir müssen mit einer gewissen Hoffnungslosigkeit in die Verhandlungen hineingehen,

nur dann werden wir auch Erfolg dabei haben. (Beifall.) Wir müssen auch appellieren an die Völker des Auslandes, und diesen Appell an das Weltgewissen zu erlassen, sind die in erster Linie berufen, die schon während des Krieges, als Deutschland auf der Höhe seiner militärischen Erfolge stand, an das deutsche Volk appelliert haben. (Beifall.) Ich glaube, es gibt wenige, die seit wenigen Jahren die Sünden des alten Systems und die Sünden unseres Militarismus mit solcher Schärfe beurteilt haben, wie ich es getan habe; aber ich muß doch sagen: wenn man das Bekenntnis von mir verlangen wollte, daß unsere Regierung am Krieges schuld sei, so müßte ich eine Lüge aussprechen. (Stürmischer, langanhaltender Beifall.) Wir verlangen für uns nur das, was man uns früher ohne weiteres zugestanden hat: die Gleichberechtigung. Diese Friedensbedingungen würden, wenn sie Wirklichkeit werden sollten, uns in eine neue furchtbare Tragödie hineinführen, darum heißt es: Nein, nochmals und zum dritten Male Nein! (Stürmischer Beifall.)

Präsident Rehrenbach:

Das war eine mächtige, geschlossene Kundgebung der ganzen deutschen Volkvertretung gegen den Gewaltfrieden, den man uns diktiert hat. Alle Redner haben erklärt, daß wir diesen Frieden nicht annehmen können.

In diesem Friedenswerk steht von Völkerfriede und Völkerbund kein Wort.

Er ist ein Werk bester Selbstsucht, von Haß und von Rache. Wir danken den Neutralen, die diesen Frieden beantwortet haben. Sollte das einmütige neutrale Urteil nicht wenigstens etwas auf die Feinde wirken? Aber wo bleiben die anderen einflussreichen Kreise in den fremden Ländern?

Wo bleiben die Vertreter der Religion?

(Stürmischer Beifall.) Gibt es in den feindlichen Ländern keinen Bischof mehr, keine fromme Frau, die hinaustritt in die feindliche Welt, daß dies kein Friede einer christlichen Welt ist, sondern daß so die heidnischen Mächte den unterlegenen Völkern den Frieden diktiert haben. (Beifall.) Frankreich hat sich gerührt, die Menschenrechte proklamiert zu haben. Sollen sie nur für Frankreich gelten? Soll das Land eines Despoten, eines Rogari, eines Richard Wagner ewig verurteilt sein, Fronarbeit zu leisten? Den Frieden wollen wir, und auch dieser Frieden soll nach dem Willen unserer Feinde unseren Frauen und Kindern nur Not und Entsetzen bringen. Das friedliebende deutsche Volk hat an diesem Kriege keinen Anteil. Es wollte nur einen bescheidenen Platz an der Sonne haben, wollte kein anderes Volk verdrängen und beanspruchen für sich nichts, was es andern Völkern nicht gönnte. Auch in Zukunft werden deutsche Frauen Kinder gebären, und

diese Kinder werden die Sklavenketten zerbrechen

und die Schmach abwischen, die unsern deutschen Antlitz zugefügt werden soll. (Beifall.) Für uns gilt wie in glücklichen Tagen so auch heute das Wort, daß niemals der Ausdruck selbsttätiger Ueberhebung, sondern immer nur der tiefen Liebe zu unserer Heimat war: Deutschland, Deutschland über alles, über alles in der Welt! (Beifall.)

Präsident Rehrenbach erhält die Ermächtigung, Tag und Tagesordnung der nächsten Sitzung selbständig festzusetzen. Schluß nach 6 Uhr.

Kommunalisierung des Theaters.

In unserem Bericht über die Generalversammlung der Freien Volkstheater gehen wir von der Direktion des Deutschen Theaters folgende Erklärungen zu:

1. Herr Doeder behauptet, daß die Direktion des Deutschen Theaters sich um Arbeiterkreise als Abonnenten für das Große Schauspielhaus bemühe, ohne ihnen den geringsten Einfluß auf den künstlerischen Betrieb des Theaters gewähren zu wollen. Ganz abgesehen davon, ob der Einfluß eines Publikums auf die künstlerische Leitung eines Theaters wünschenswert ist, muß dieser Behauptung gegenüber festgestellt werden, daß niemals eine derartige Anfrage irgendeiner Stelle an die Direktion des Deutschen Theaters gerichtet worden ist, und daß sich infolgedessen die Direktion in dieser Frage bisher auch nicht äußern konnte.

2. Herr Winkler erklärt, Direktor Reinhardt habe jede Verhandlung mit den Freien Volkstheatern abgelehnt, weil er den Vordereinstellen nur die mindereinstufigen Plätze seines Theaters einräumen wolle. Demgegenüber muß festgestellt werden, daß allerdings mit Herrn Winkler niemals Verhandlungen gepflogen worden sind. Dagegen haben mit Herrn Reinhardt, dem geschäftlichen Leiter des Verbandes der Freien Volkstheatern, wiederholte und eingehende Verhandlungen stattgefunden, die deshalb zu einem Abschluß bisher nicht führen konnten, weil das Abonnementsystem der Volkstheater nicht mit dem des Großen Schauspielhauses technisch in Einklang zu bringen war, wie Herr Reft jederzeit behauptet hat.

Bisher haben sich für das Große Schauspielhaus über 40 000 Abonnenten eingetragen. Von diesen geboten mehr als drei Viertel den wenig bemittelten Kreisen an. Die von Herrn Winkler aufgestellten Behauptungen entbehren also jeder Grundlage.

Der Geschäftsführer der Freien Volkstheater, Gen. Winkler, erklärt dazu:

Meine Ausführungen in der Generalversammlung sind im „Vorwärts“ ungenügend wiedergegeben.

1. Es ist richtig, daß die Freie Volkstheater aber deren Geschäftsführer nie zu den Verhandlungen hinzugezogen wurde, da nach dem Vertragsvertrage sowohl die Freie Volkstheater als die Neue freie Volkstheater als geschlossene Einheits-Vertragsverhandlungen führt. Ich mußte mich daher auf den Bericht des Herrn Reft in der gemeinschaftlichen Vorberathung stützen.

Es ist unrichtig, daß ich der Generalversammlung mitgeteilt hätte, Direktor Reinhardt habe jede Verhandlung mit den freien Volkstheatern abgelehnt. Ich habe im Gegenteil ausdrücklich festgestellt, daß nach der Ansicht des Herrn Reft, über den Stand der Verhandlungen diese als völlig gescheitert zu bezeichnen sind und eine Vereinbarung mit den freien Volkstheatern kaum noch in Frage komme.

Leder-Möbel-Fabrik



verkauft direkt ohne Zwischenhandel
Klubsessel
und **Leder-Sofas**
in pr. garant. weicher Leder
zu billigen Preisen.

Curt Roeder
Innungsmeister
Berlin SO 26
Oraniensstr. 25.

Ungeahnte Erwerbs-Möglichkeiten

bietet die nächste Zukunft. Eine tiefgreifende Aenderung unseres gesamten Wirtschaftslebens, ein gewaltiger Aufschwung unserer Industrie und des Handels steht bevor und es werden überall

geschulte Kräfte gesucht

sein. Angehörige technischer Berufe u. Handwerker sollen nicht versäumen, ihre Kenntnisse und Fertigkeiten der kommenden Zeit anzupassen, um teilzunehmen an den wirtschaftlichen Erfolgen, die naturgemäß das Ergebnis des gewaltigen Ringens sein müssen. Das beste Mittel, rasch und gründlich, ohne Lehrer, durch einfach. Selbstunterricht eine gründliche Ausbildung in technischen Wissenschaften zu erwerben, sind die technischen Selbstunterrichtswerke „**Syst. Kar-nach-Hachfeld**“, 60 S., starke Broschüre kostenlos. **Bonnst & Hachfeld, Potsdam Postfach 167.**

Seidmaschinen

vertikal und horizontal, in verschiedenen Größen, hat preiswert zu verkaufen **Huberus Plum, Berlin, Köpenicker Straße 92, 1860**
Fernsprecher: Hertzplatz 10830.

Ein Freudentag ist der Waschtage



mit dem patentierten, vollkommen selbsttätig arbeitenden „**Liebig**“ Dampf-Wasch-Automaten, der dauernd Arbeitszeit, Arbeitslohn, Seife und Feuerung erspart und in jedem Raum für Gas- und Küchenherd benutzbar ist, ohne jede Bedienung, größte Schonung der Wäsche, selbst mit den markentesten Seifenwaschmitteln, wovon wir das Bestbewährte auf Wunsch liefern. Die Anschaffung wird evtl. auch durch bequeme Zahlungsweise erleichtert. Preis je nach Größe und dem zuzurechnenden Kommoden Teuerungszuschlag von 61 Mark an. Näheres durch Preisliste V. mit Abbildungen gratis. „**Liebig**“ Dampf-Wasch-Automaten-Zentrale, Berlin-Wilmersdorf, Hebenzollerndamm 27a.

Reparaturen an Schreibmaschinen, Rechenmaschinen, schreib. Addier-Maschinen

in eigener mechan. Werkstatt bei billiger Berechnung. Aushilfsmaschinen! Ersatzteile! Mietweise Abgabe von Rechenmaschinen.
Cosmas
Leipziger Straße 23
neb. Kempinski-Hilfstrich.
Fernspr. Zentr. 180 u. 414.

Chin-San-Naifu

Das Original aller Nagelpollersteine
Stück M. 2.— Ueberall zu haben.
KOPP & JOSEPH, BERLIN W. 50
Potsdamer Strasse 122.

Photo-Apparate

Objektive Mikroskope
kauft und verkauft
Gg. Leifegang
Potsdamerstr. 138
Faventzienstr. 12
Berlin
Schloß-Platz 4

Brillanten Juwelen

Ballhausstr. 155, Ecke Unter d. Linden gegenüber d. Victoria-Café, Zentrum 1080

Die Schule des Lebens (Verlagsgesellschaft m. b. H.), Naumburg A 840, Saale.

Gegen den Aegerer!

Ein Schutz- und Trutzbuch von R. Arder. Preis M. 1,40.
Es lehrt die Kunst, den Aegerer durch den Verstand zu überwinden.
Aus dem Inhalt: Innere Abhärtung / Nicht überraschen lassen / Abstand gewinnen / Klarer Blick / Bestrafe dich nicht für die Sünden anderer / Nachsicht mit den Menschen / Wer ist schuld? / Ausweichen oder schonendes Erleiden / Immer gelassen bleiben! / Die Eitelkeit als Bundesgenossin / Groß denken! / Ausreichendes Selbstgefühl! / Frohsinn angewöhnen! / Beschäftigung mit lieben Dingen usw. usw.

Ein Gegenstück zu obiger Schrift von dem gleichen Verfasser ist:
Das Buch von der reinen Freude!
Beiträge zu einer fröhlichen Lebensanschauung. Ein wahrer Sonnenblick für freudlose, verärgerte Menschen. — Preis M. 1,80.

Duftige Kleider — Sonnenschein! Die.. Sphingisfreude jeder Dame!

Kostüme viele Farben, Stoffe Formen
136.— 195.— 244.—
Garnierte Kleider entzückende Macharten
145.— 197.— 269.—
Imprägnierte Mäntel
165.— 198.— 267.—
Sportjacken u. Paletots aus guten praktisch. Stoffen 54.— 65.— 98.—
Röcke fesche Form. 39.90 62.— 94.—
Blusen Seide, Völle, Chiffon, Crêpe de Chine. Seiten schöne Ausführung.
19.75 36.— 59.—

*** Oskar * Wollburg.**
BERLIN + N. +
BRUNNENSTR.
56-57.

Warnung vor Zuzug nach Stuttgart!

In Stuttgart herrscht Wohnungsnot. Das städtische Wohnungsamt Stuttgart verlangt daher regelmäßig die Erlaubnis zum Zuzug. Ohne diese Erlaubnis werden keine Lebensmittelfürten ausgegeben! Der Aufenthalt in Gasthöfen, Pensionen und dergleichen ist nur bis höchstens 3 Tagen gestattet.
Die Einhaltung der Vorschriften wird häufig übersehen. Unerlaubt Zuziehende werden Strafe und Abweisung zu gewärtigen.
Stuttgart, den 8. April 1919.

Stadtschultheißenamt: Lautenschlager.

Ankauf Verkauf

Altkunst-G.M.B.H.
Berlin, Wilhelmstr. 409

Antiquitäten
Möbel-Porzellane
Gemälde-Gobelins.

Kostenlose Schätzungen
—Telefon 3495
—Telefon 3495

Das goldene Buch des Weibes

19 Kapitel aus dem intimsten Leben der Frau. 6. Aufl. Von R. Gerling. — 151 Seiten. 164/3
Inhalt: Wie erhält die Frau das Eheglück? — Warum verblühen so viele Frauen so früh? — Pflege u. Erhaltung weiblicher Schönheit. — Das Geschlechtsleben in der Ehe. — Die Bedeutung der Krankheiten für das Eheleben. — Gesundheitspflege während d. Schwangerschaft. — Die Regelung des Kindererzuges. — Unfruchtbarkeit, ihre Ursachen und Verhütung. — Wie erlangt man schöne u. gesunde Kinder? — Das Recht der Frau und das Ehrerecht. — Preis 3.— M., gebunden 4.— M.
Orania-Verlag, Oranienburg 92.

Keine Wanze mehr M. 2.—

nur mit Kammerjäger Burgs Nicodan I u. II zu erzielen. Erfolge verbühend. Kinderlos zu anzuwenden. Gesetzlich geschützt. Doppelpaket M. 2.—. Ausreichend für 1 bis 3 Zimmer und Betten.
Alleinverkauf: Sämtliche Warenhäuser A. Wertheim. Bei Eins. von M. 2,40, oder Postcheckkonto Berlin 31 286 portofr. Zus. durch Herrn A. Groedel, Berlin, Königgrätzer Str. 49

Personal 4200

MAG

Lastkraftwagen

Voßländische Maschinenfabrik A.G.
Plauen/V.

Verkaufsbureau für Berlin und Provinz Brandenburg:
Berlin W 66, Leipziger Str. 123a, Ecke Wilhelmstr.

Juwelen, Perlen

Margraf & Co. G.m.

Kanonienstr. 9 - Berlin - Tauentzienstr. 109
Auch Ankauf

Künstliche Zähne

in eleganter, moderner Ausführung! Goldkronen! Zähne ohne Platte! Plomben! Zahnlehen u. Betäubung.
Teilzahlung wöchentlich, monatlich.
Umarbeitung alter Gebisse und Reparaturen sofort!
Zahn-Praxis M. Lüscher, Brunenstr. 185
zwischen Rosenthal Pl. u. Invalidenstr. Spr. 6-1, 5-7, Sonnt. 9-12

Facharzt Dr. Meyenberg
für
Krankheiten der Harnorgane
11-1 und 5-7
jetzt Potsdamer Straße 27 b

Dr. med. Karl Reinhardt
Berlin, Potsdamer Str. 117 (a. d. Lützowstraße)
Haut- und Harnarzt
bewährte fachmännische Behandlung. Unentgeltliche Anamnese und anerkennende gratis-Broschüren (Beschreibung sämtlicher Heilverfahren) in den Sprechstunden von 1/2 1-2 mittags, 1/2 6 bis 1/2 10 Uhr abends, Sonntags 1/2 11-1 Uhr (im verschlossenen Brief 1,25 Mk.).

Spezialarzt Dr. med. Dammann
Berlin 107, Potsdamer Straße 123 b
behandelt (Sprechzeit 9-10, 3-4 Uhr)

Haut- und Harnleiden nach besonderem naturgemäßem Heilverfahren.

Aufklärende Broschüre gratis in verschlossenem Brief gegen 25 Pf. in Briefmarken. Genauere Angabe des Leidens erforderlich, damit die richtige Broschüre gesandt werden kann.

Hautarzt Dr. med. Nollaender
Berlin W 8 Hamburg
Leipziger Str. 108 Kolonnenad 26
Sprechst. 11-1 vorm., 5-7 nachm., Sonnt. 11-1
Aufklärende Broschüre Mk. 1,50 (Nachnahme).

Zähne von 2 Mark an.

Zahnziehen mit Einspr., höchst schmerzlos. Umarb., Reparaturen sofort. Goldkronen, Brücken. Sprechst. 9-7, Sonn- u. Feiertags 9-1. Zahnpraxis Hempel, Berlin C, nur Lindenstr. 230, am Schönhauser Tor. 26400*

H. & P. Uder

Berlin SO 16 Engelufer 5
Bis auf weiteres:
Geschäftszeit von 8-2 Uhr.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz 5014.

Haut- und Harnarzt

Sanitätsrat Dr. Müller, Friedrichstraße 190 II, Eingang Kronenstr. Sprechst. 11-1, 3-7, Sonnt. 11-1. Erfolgreiche Heilerfolge.

Dr. med. Laabs
Haut- u. Harnarzt.
Erfolgreiche Behandlung.
Königstr. 34/36
Alexanderplatz.
10-1, 5-8, Sonnt. 10-1.

Haut- und Harnarzt
Dr. med. Geyer, Friedrichstr. 181 (an der Karlstraße).
Spr. 10-1, 5-8, 12311*
Erfolgreiche Behandlung.

Bekanntmachung.

Ausgabe von Süßstoff an Haushaltungen.

Nach Grund von § 2 Abs. 3 der Bekanntmachung des Reichsrats vom 28. Juli 1918 über den Vertrieb von Süßstoff und über Befreiung des gewerblichen Verkehrs von Süßstoff wird bekannt gegeben, daß die Abgabe von Süßstoff seit 1. Mai 1919 eingestellt werden können. Auf diese Abgabe ist ein Nachtrag zur Bekanntmachung vom Reichsrat vom 28. Juli 1918 zu erlassen und zu erlassen.
Die Abgabe von Süßstoff ist seit 1. Mai 1919 nicht mehr eingestellt.
Berlin, den 7. Mai 1919.

Magistrat.
Zufuhrverorgungsstelle.
Dr. Reimann.

Achtung! Achtung!
Gastwirte! Gutsbesitzer! Kapitanen!
Die größte Befreiung der Gegenwart, die beste Kapitalanlage, das beste Volkserhaltungsmittel ist der neuartige
Hauslino-Apparat
mit Jahresplan-Abrechnung, der **Gigantische Film-Apparate-Gesellschaft, Berlin.**
Gastwirte! Nicht über Ihre Güter, vermehrt Sie nicht, ohne den „**Gigant**“-Apparat zu haben. Die „**Gigant**“ liefert ein sehr reichhaltiges Filmprogramm für jährlich 5000 Pf. Apparat kostenlos, nach 3 Jahren Eigentum des Abnehmers. In jedem Stadt- oder Dorfgebiet kommt nur ein Apparat.
Auf Wunsch Vertreterbesuch.
Wies näher durch die 174/14
Gigantische Film-Apparate-Gesellschaft.
Berlin W 36, Hardenbergstraße 29 a-c.
(Auslieferungsbüro am Job.)
Die Tätigkeit, lautenstimmig, gut empfohlen, mit den höchsten Verhältnissen ihres Gebietes abfolgt verteilte Reklameblätter, werden geschickt.

Sch warne!

Alle Künste und gewerblichen Künste nicht wegwerfen. Sie finden dieselben in Berlin, Hotel Reitzenhof, Dorotheenstr. 13 II, Zimmer 34.
Nur 3 Tage bleibe hier
und zahle nur 20 Pf. bis M. 1,50 und höher. Gebiete bis M. 200.—, Platin und Goldstücke, Silber, alle Münzen, wertvolles Gold u. Schmuckstücke. Einmal dabei nur Dienstag, den 12. Mittwoch, den 14., und Donnerstag, den 15. Mai, von früh 8 Uhr bis abends 7 Uhr statt. 10/9

Räte-Bund.

Mittwoch, den 11. Mai, abends 7 1/2 Uhr, im Oberlichtsaal der Philharmonie, Bernburgerstraße.
Redner: 1808
Däumig und Einstein.
Freunde und Feinde, alle sind willkommen!
Eintrittsgeld 50 Pf. zur Bestreitung der Unkosten.

Im **Monier Platz**
habe ich ein wunderschönes, modernes
Caféhaus
mit sehr großer Front und bebauter großer Grundstücke preiswert für M. 600 000.— zu verkaufen. Das Haus hat sehr billig vermietete Kassen und 7- und 8-Zimmerwohnungen. Nähere Auskunft an Selbstläufer erteilt
Julius M. Bier
Leipziger Straße 20.
Zentrum 12350/53.

KREDIT AN ALLE

„Fredy“

Zigarettenvertrieb
Brunnenstr. 17,
Zigarren
Zigaretten
Amt Norden 2343.

Möbel-Misch

Gr. Frankfurter Straße 45-46.

Mordprozess Liebnecht-Luxemburg.

Staatsanwalt Orlmann sagt als Zeuge, eine Beeinflussung des Zeugen Vogel bei der Vernehmung vor dem R.G.R. Jörns habe nicht stattgefunden; dieser habe mit Bestimmtheit gesagt, Vogel habe auf Frau Luxemburg geschossen.

Die medizinischen Sachverständigen, Geheimräte Straßmann und Bier können auf Grund der Zeugenangaben nicht sagen, ob

der Tod Rosa Luxemburgs

infolge der Kolbenschläge oder erst infolge des Schusses eingetreten ist. Das von den Zeugen nach dem Schuß beobachtete Rufen des Körpers könne auch eine durch den Schuß hervorgerufene Erschütterung gewesen sein. Mehr als eine allgemeine Vermutung, daß der Tod als Folge des Schusses eingetreten sei, lasse sich nicht aussprechen.

Zeuge Janschlow hat als Chauffeur den Wagen gefahren, worin Rosa Luxemburg unter Führung des Angeklagten Vogel fortgeführt wurde. Der Zeuge sagt, er wisse bestimmt, daß Oberleutnant Vogel nicht auf dem Trittbrett gestanden, sondern links hinter ihm im Wagen gesessen, die Hand auf seine Schulter gelegt und mit ihm gesprochen habe. Während dieses Gesprächs sei hinter ihm ein Schuß gefallen. Ob Vogel den Schuß abgefeuert hat, weiß der Zeuge nicht. Daß Vogel auf dem Trittbrett gestanden habe, hält der Zeuge für ausgeschlossen, weil er von da aus nicht mit ihm hätte sprechen können. Auf Verfragen gibt der Zeuge an, er wisse mit Bestimmtheit, daß auf dem Trittbrett ein starker, glatt rasierter Mann stand. Dieser Mann sei

ein Marineoffizier,

der ihn am folgenden Tage angesprochen und über die Fahrt mit ihm geredet habe. Bei dieser Gelegenheit habe der Marineoffizier ein Monokel getragen. Ob er auch während der Fahrt ein Monokel trug, weiß der Zeuge nicht. Den Namen des Betreffenden kennt er auch nicht. Oberleutnant Vogel habe am fraglichen Abend den Kart ebenso getragen wie jetzt.

Zeuge Hall, der die Fahrt ebenfalls mitgemacht hat, befundet mit Bestimmtheit, Oberleutnant Vogel habe auf der Rücklehne des Führersitzes gesessen. Der Schuß sei hinter dem Rücken des Zeugen gefallen. Zeuge Grandje, nochmals vorgelesen, sagt mit Bestimmtheit,

der Unbekannte im Mannschaffsmantel

der von Janschlow als Marineoffizier bezeichnet wurde, fand hinter dem Wagenführer und hat nicht geschossen. — Zeuge Weher wird gefragt, ob er es für möglich halte, daß der Unbekannte geschossen habe. Der Zeuge antwortet, dann müßte er eine verblüffende Ähnlichkeit mit dem Oberleutnant Vogel gehabt haben.

Vorj.: Wenn eine verblüffende Ähnlichkeit nicht vorhanden war, lassen Sie es für unmöglich, daß der Unbekannte geschossen hat? — Zeuge: Jawohl.

Zeuge Mittelmeier Schlegel war Führer der Schwadron, welcher der Angeklagte Runge angehörte. Der Zeuge hat nach der Tötung von Liebnecht und Rosa Luxemburg einen vom Angeklagten Leutnant Piepmann unterschriebenen Zettel erhalten, worauf stand, daß Runge entlassen werden soll. Der Zettel war in Form eines

Befehls der Division

gehalten und ist auch vom Zeugen so aufgefaßt worden, infolgedessen hat er Runge entlassen. Der Zeuge glaubt, auf dem Zettel

stand, derselbe solle vernichtet werden. Am folgenden Tage habe ihn Piepmann besucht und gefragt, ob er den „Befehl“ noch habe. Er hatte ihn aber nicht mehr.

Zeuge Photograph Eichler hat nach der Tat das Badlokal im Edenhotel photographiert. Das Bild ist in der „Roten Fahne“ veröffentlicht und als

„Eleganter“

aus Anlaß der Ermordung von Liebnecht und Rosa Luxemburg bezeichnet worden. Im Mittelpunkt des Bildes lag der Angeklagte Runge, auf dem Tisch stand eine Weinflasche. Diese war, wie der Zeuge sagt, leer; das Runge im Mittelpunkt lag, sei ein Zettel, von einer Feiertage sei keine Rede gewesen.

Zeuge Koch hat den Kanal nach der Tötung Rosa Luxemburgs abgeleitet, aber nicht gefunden. Er hält es für wahrscheinlich, daß die Leiche durch das damals herrschende Hochwasser sogleich über das Wehr geschwemmt und fortgetrieben sei.

Frau Beschel, Ehefrau des Kraftfahrers Beschel, der das Auto gefahren hat, welches Liebnecht nach dem Liegarten beförderte, sagt aus, ihr Mann habe gesagt, ihm sei versprochen worden, er

bestimme viel Geld, wenn die Sache gut ablaufe.

Hieran bemerkt der Angeklagte Kapitänleutnant v. Pfing-Bartung, im Februar habe er dem Kraftwagenfahrer Beschel auf dessen Ansuchen 500 M. geliehen, die dieser zur Anschaffung von Kleidung Leutnants und zum größten Teil wieder zurückgezahlt habe. — Zeuge Beschel bestätigt das und erklärt die Neuherung, die er zu seiner Frau gemacht hat, so: In der Zeitung sei bekannt gemacht worden, daß zur Aufführung des Jokers Liebnecht-Luxemburg eine Besetzung von 100 000 M. ausgesetzt sei. Mit Rücksicht hierauf habe er gesagt, von der Belohnung könne er vielleicht auch etwas bekommen.

Zeuge Ott, Direktor des Edenhotels, soll dem Personal einen Artikel der „N.“ über den Fall Liebnecht-Luxemburg vorgelesen und dazu bemerkt haben: „So ist es, damit ihr es wißt, im übrigen habt ihr den Mund zu halten.“ Der Zeuge sagt, er habe den Artikel von Dr. Kufowksi (dem Leiter der Presseabteilung und der Garde-Kavallerie-Schützen-Division) erhalten, um ihn zu verlesen. Das habe er getan. Die Bemerkung: „So ist es“ u.ä. habe er genau bestimmt nicht hinzugefügt.

Ein kommissarisch dernommener Zeuge Wiener, dessen Aussage verlesen wird, hat im Edenhotel, nachdem Liebnecht eingeliefert war, einen neben ihm stehenden Offizier sagen hören:

„Was, der Kerl lebt noch?“

Dieser Offizier soll Hauptmann Petri gewesen sein.

Zeuge Heinrich Graf Audiffren sagt, als Liebnecht aus dem Hotel gebracht wurde, habe sich die Menge auf ihn stürzen wollen, aber die Offiziere hätten die Leute zurückgehalten. Diese hätten dann gesagt: „Das ist eine Schweinerei, daß uns die Offiziere abhalten, den Kerl tozuschlagen.“ — Oberleutnant Vogel habe, nachdem Runge die Kolbenschläge gegen Frau Luxemburg geführt hatte, gerufen: „Ihr seid wohl verrückt.“ Er habe auch verflucht, den zweiten Schlag Runge abzuhalten, es sei ihm aber nicht gelungen.

Auch heute, Dienstag, wird die Zeugenvernehmung noch fortgesetzt.

nicht die nötige Handhabe geben. Eigenartig wäre es überdies, wenn eine Regierung, deren Mitglieder seit vier Jahren Besondere führten über die Verbeziehung des Belagerungszustandsgesetzes als „Mädchen für alles“ es heute in dieser Weise mißbrauchen würde. Ohne Bezugnahme auf das Gesetz, ohne Überschrift, Datum oder Unterschrift und ohne Strafandrohung wird ein WTB-Briefchen versandt. Eine rechtsgerichtete Verordmung ist das nicht. Da keine Strafe angedroht ist, kann niemandem etwas passieren, der sich nicht danach richtet. Solange es den Theatern gestattet ist, „ernte Stücke“, nämlich z. B. Geißeln, Fackelzüge, Soldat der Ration usw. zu spielen, liegt für die Artistik und die Musiker kein Grund vor, sich ihre zum großen Teil prekäre Existenz acht Tage lang unterbinden zu lassen, obendrein ohne gezielte Unterlage. Als Präsidenten Mac Kintch ermordet wurde, gab es am Vorkriegstage in ganz Nordamerika von Küste zu Küste eine freiwillige Landestrauer von 5 Minuten Dauer. Alle Glocken läuteten und mit dem ersten Moderton stand alles still. Diese Kundgebung war förmlich, rührend und eintragsvoll, aber sie dauerte nur fünf Minuten, bedrohte kein Gewerbe und nahm niemandem das Brot. Auf die Frage, ob eine kommandierte Trauerwoche überhaupt einen Zweck hat, wollen wir nicht eingehen.

Verlängerung der U.S.G.-Schnellbahn in Neudölln. Der Verbandsausführer Groß-Berlin hat dem Antrag Neudölln zugestimmt, die U.S.G.-Schnellbahn Gesundbrunnen-Neudölln über den Hermannsplatz hinaus, unter einem Teil des Jabolisriedhofes, durch die Hermannsstraße bis zur Münchener Straße als Gemeindepneumatische Bahn fortzuführen. Neudölln führt den Tunnelbau aus, während U.S.G. die Betriebsmittel liefert und den Betrieb für Rechnung der Stadt führt. Ein Vertrag ist bereits vereinbart. Außerdem wird Neudölln auch die Verlängerung der Berliner südlichen Nordbahn über Hermannsplatz hinaus durch Berliner und Vergstraße bis zum Ringbahnhof Neudölln bauen und betreiben.

Der Verbandsausführer beschloß einen Wanderversand für den Grunewald herzustellen, der zu einem niedrigen Preise durch den Buchhandel vertrieben und noch möglichst vor Pfingsten erscheinen soll.

Arbeiterräte der Kriegsorganisationen! Morgen, Dienstag, vormittags 9 Uhr, Versammlung im Herrenhause, Saal 20. Vollzähliges Erscheinen notwendig.

Achtung! Metallarbeiter (S. P. D.).

Morgen, Mittwoch, mittags 12 Uhr, im Lehrerbereinshaus, Alexanderplatz, Versammlung der arbeitslosen Metallarbeiter, die auf dem Boden der S. P. D. stehen. Mitgliedsbuch der Partei und des Verbandes legitimiert.

Die Ziegenwurst-Ritualmordbege hat es soweit gebracht, daß in verschiedenen Kreisen Kinder schon Angst haben, auf die Straße zu gehen, weil sie fürchten, „geschachtet“ und zu Ziegenwurst gemacht“ zu werden!

Wir stellen fest, daß derselbe — Belagerungszustand, der zum zweimaligen Verbot eines politischen Blattes benutzte wurde, nicht gegen diese „freie Presse“ unternommen hat, die Schmach und Schande, jene Bege mit den größten Buchstaben förderte. Dabei war auf dem Blatt ein Verantwortlicher angegeben.

Zur Massentötung der Kleinrentner am Bahnhof Zehlendorf sind von den Führern getroffen und tief erregten Parteigenossen noch geschrieben: Neben unseren Parteilassen hat seit vielen Jahren auch ein Herr Goldhammer, Ringstraße 1, 16 000 Quadratmeter unbebautes Land. Warum wird der Besitzer nicht gezwungen, das Land zu verpachten? Es soll doch alles beackert werden; jetzt denn das niemand dicht an der Bahn!

Und warum wird das Land nicht zum Ausschütten der Bahn genommen? Das fragen wir auch!

Die Sittensverwilderung wird von gewissen Leuten mit der Revolution in Zusammenhang gebracht. Dazu schreibt uns eine junge Frau: Vor dem November 1918 verlor ich meine Heimat und Freiheit hinter goldenen Türen und silbernen Achselklappen, das ist alles. Ich war während des ganzen Krieges im Vaterländischen Hilfsdienst und kann ein Lied davon singen. Um eine besser bezahlte Stellung zu erlangen, ging ich u. a. in eine Kriegsgesellschaft, deren Personalabteilung einem Oberleutnant — in Uniform — unterstellt war. Auf meine Bemerkung, daß Gehalt sei zu gering, hatte der Mensch die Stirn, mir zu sagen: Für eine hübsche junge Dame mache ich auch mal eine Ausnahme, aber sie muß auch ein bißchen nett zu mir sein. Und damit gar kein Jertum über seine Meinung möglich war, legte er den Arm um mich und wollte mir einen Kuß geben. Aber es kam anders. Er ließ sich besinnen, war ich los von ihm und dann sah meine Hand knirschend in seinem Gesicht, daß ihm der Anker von der Nase flog und am Boden zerfiel. Dann war ich draußen, ohne die Stellung allerdings, aber mit dem Bewußtsein, einen Lump geschlagen zu haben. Aber ist der kein Lump, der für Frauengunst höheres Gehalt bietet — aus öffentlichen Mitteln? Natürlich wurde ich gleich von Anfang an per Du angeredet. . . .

Pulverfabrik Spandau. Sämtliche Vertrauensleute, Angestelltenausschüsse und Arbeiterräte treffen sich heute vormittags 10 Uhr Strelitzer Straße 10 bei Dieckhoff. Für alle Arbeiter ist das Informationslokal ebenfalls selbst.

Militärstoffe beschlagnahmt. Montag vormittags hießen Reichswehr-Truppen in der Weberstraße Hausdurchsuchungen nach Waffen ab. Im Hause Weberstr. 61, bei einem Schneidermeister entdeckten sie ein großes Warenlager von Militärstoffen, welche fertig ausgearbeitet waren. Ueber den Erwerb der Stoffe gab der Besitzer keine Auskunft. Sie wurden beschlagnahmt und füllten das Auto zur Hälfte.

Die Errichtung von Wohnheimen behandelt die bei Paul Lehsten in Charlottenburg erscheinende Schrift „Wohnheim für Groß-Berlin, als Mittel zur Hebung des Schicksals der Arbeiter“ von J. Schneider. Darin sind die Voraussetzungen dargestellt, unter denen in großen Wohnheimen ein eigenes, einfach möbliertes Zimmer mit Bett und Bettwäsche, Zentralheizung und elektrischem Licht für den ungefähren Preis einer kleinen Schlafzimmere (17—18 Mark monatlich) vermietet werden kann und bezügliche Unternehmungen ohne Vereinsbeiträge oder laufende Unterstützung aus staatlichen oder kommunalen Mitteln sich dauernd selbst unterhalten. Das Bedürfnis nach solchen Heimen ist sehr groß. Berlin ist auf diesem Gebiet zurückgeblieben. Der Bau von Wohnheimen würde zurzeit allerdings nur mit staatlichen Ueberdauerungszuschüssen durchgeführt werden können, liegt aber im Bereich der Möglichkeit, weil eine Reihe öffentlicher Korporationen Baugeld unter günstigen Bedingungen zu geben entschlossen ist. Die jetzt veröffentlichten Anträge bieten um Uebernahme von Anteilscheinen a 1000 Mark, Kapitalbindende 4 Prozent, Sicherstellung durch hypothekarische Eintragung auf den Grundbesitz des Vereins „Wohnheim G. B.“, der bereits das Heim in der Waldenstraße besitzt.

Massenkundgebung auf dem Königsplatz. Donnerstag, nachmittags 3 Uhr, veranstalteten der Reichsverband Ostwärts, der Schwagerverein für das Saarrevier, der Ausschuss der Deutschen in Schleswig und der Hilfsbund der Groß-Rotkreuzer im Reich auf dem Königsplatz (vor dem Reichstag) eine große öffentliche Protestkundgebung gegen den unzureichenden Gewaltfrieden und gegen den Kampf großer reindeutscher Gebiete sowie gegen die Vergeßlichkeit des Selbstbestimmungsrechtes der deutschen Bevölkerung. An dieser Versammlung werden Redner aller Parteien teilnehmen. Da es sich hierbei um menschliche, nationale und kulturelle Lebensfragen des ganzen deutschen Volkes handelt, so wird hoffentlich ein gewaltiger Massenbesuch diese Versammlung zu einer Kundgebung gestalten, die ihre Wirkung auch auf das Ausland nicht verfehlen kann.

Der Kreis Busch hat sein Spielverbot erhalten. Abends 7 1/2 Uhr Anfangsprogramm, anschließend internationale Ringkämpfe.

Demonstrationsversammlungen gegen den Gewaltfrieden.

Cöpenick. Abends 6 Uhr auf dem Wilhelmplatz vor dem Stadttheater für die Genossen und Genossinnen aus Adlershof, Grünau, Volkersdorf, Alt-Glienicke, Nieder- und Oberschönheide, Johannisthal und Karlshorst. Die Genossen von Karlshorst werden ersucht, sich um 5 Uhr nachmittags auf dem Bahnhof einzufinden.

Johannisthal. Zur Teilnahme an der Demonstrationsversammlung in Cöpenick treffen sich die Genossen heute abend 4 30 Uhr am Bahnhof Niederschönheide zur Abfahrt nach Spandiersfeld.

Königsplatz. Abends 6 Uhr, Schützenplatz. Die Genossen von Wilbau werden ersucht, teilzunehmen.

Wilmersdorf. Abends 6 Uhr, Wilmersdorfplatz.

Niederschönheide. Heute Dienstagabend 7 1/2 Uhr, bei Reithg. Wankenburgstraße 4, Restaurant „Schwarzer Adler“, öffentliche Protestkundgebung gegen den Gewaltfrieden.

Schöneberg. Stadterborterversammlung eröffnete ihre zweite Sitzung mit einer Kundgebung gegen den Gewaltfrieden. Vortrager Czernicki (Soz.) führte aus: Ich halte für nötig, daß auch die Vertreter der Bürgerwehr Schöneberg bei dieser ersten sich bietenden Gelegenheit sich zunächst mit dem beschäftigen, was das Herz aller Deutschen erregt hat. (Die gesamte Versammlung erhebt sich.) Schwere, fast unmenliche Bedingungen sind dem deutschen Volk in dem Waffenstillstand auferlegt worden. Wir haben sie reslos erfüllt und unter Wirtschaftlichen bei zum Zusammenbruch bringen lassen. Was uns aber jetzt in den Forderungen des Friedensvertrages auferlegt werden soll, ist kein Frieden des Rechts und der Gerechtigkeit, sondern der krasseste Raub, der jemals an einem Volk verübt wurde. Das deutsche Volk soll politisch und wirtschaftlich ein Elende unfreier Gegner sein. Dagegen müssen alle Deutschen ohne Unterschied der Partei sich zusammenscharen und an die Völker aller Länder appellieren, daß dieser Friede niemals zustande kommen darf. Für die „freie Faktion“ erklärte Stadtb. Schneider: Wir erwarten, daß die Regierung diesen Frieden ablehnt. Das deutsche Volk soll lieber alle Folgen der Revolution tragen. Stadtb. Dr. Chajes: Die sozialdemokratische Faktion erwartet von Regierung und Nationalversammlung, daß sie sich nur mit einem den 14 Punkten Wilsons entsprechenden Frieden einverstanden erklären. Nach einer zusammenfassenden Erklärung der demokratischen Partei Dr. Henk, folgte Oberbürgermeister Dominicus: Auf die Wahlfreiheit dieses Friedensangebots gibt es nur die Antwort „Rein!“ — Ein Dringlichkeitsantrag der Demokraten wurde sich gegen einen in den Straßenreinigungs- und Betrieb ausgedehnten Anschlag des Arbeiterausschusses, daß nach dem Beschluß einer Betriebsversammlung alle Kollegen dem Gemeindegewerbe- und Staatsarbeiterverband beitreten haben, daß bei Beigerung man nicht mehr mit den betreffenden Kollegen zusammen arbeiten werde, und daß der Ausschuss für die Durchführung dieses Beschlusses sorgen solle. Der Antrag forderte, der Magistrat solle hiergegen einschreiten und durch Aushang bekanntgeben, daß in den städtischen Betrieben ein derartiger Terrorismus nicht gebildet wird und die Arbeiter gegen ihn geschützt werden. Nach der Begründung durch Stadtb. Jabel erklärte Ruchelius, auf Anordnung seien die Anschläge sofort beseitigt worden, und der Magistrat habe dem Arbeiterausschuss scharfe Mißbilligung ausgesprochen. Stadtb. Pastor Lange (freie Faktion) richtete Angriffe gegen die Sozialdemokraten. Ihn antwortete Stadtb. Koch (Soz.): Wenn

Groß-Berlin

Arbeiterräte Groß-Berlins.

Kommunale Arbeiterräte und Soldatenräte.

Morgen Mittwoch, nachmittags 3 Uhr, im Plenarssaal des Herrenhauses, gemeinsame Sitzung. Tagesordnung: Um 1 Uhr: Die Einigungsfrage. Um 2 Uhr: Bericht von der Vollversammlung. Um 3 Uhr: Verschiedenes. Legitimation ist mitzubringen. Der Fraktionsvorstand, Haase.

Arbeiter-Samariter-Kolonie Groß-Berlin.

Eine außerordentliche Generalversammlung beschloß die schnellstmögliche Ausführung der Bundesratsbeschlüsse bezüglich wesentlicher Erweiterung des Aufgabensfeldes. Neben den bereits laufenden sechs Kursen zur Ausbildung in der ersten Dienstleistung sollen Sonderkurse für Hauskrankepflege eingerichtet werden. In dem bestehenden umfangreichen Unfalldienst tritt hinzu die Heilung hygienischer sowie Leben und Gesundheit gefährdender Risikofälle in Betrieben, Lokalen und öffentlichen Orten, deren Befreiung in Gemeinschaft mit Behörden, Arbeiterräten, Betriebsausschüssen usw. angeht werden soll. Ferner wird in allen Betriebsausschüssen dringend empfohlen, sich zur Errichtung und Erhaltung eines der Betriebsart entsprechenden Betriebskrankensonderkurses zur Sicherung einer sachgemäßen Versorgung mit dem Vorhand in Verbindung zu setzen, der bereitwillig und kostenlos alle notwendigen Ratsschläge und Auskünfte erteilt.

Um diesem großen Aufgabensfeld zu genügen, wurde beschlossen, sechs Bezirkskolonnen zu bilden, die von einem Zentralvorstand geleitet werden. Alle Zuschriften sind an den 1. Vorsitzenden des Zentralvorstandes, Genossen Ernst Boh, Berlin W. 57, Dammstraße 8, zu richten. Nur Anforderungen von Mannschaften sind an die Adresse des Zentralkolonnenführers, Genossen Gustav Dietrich, Berlin W. 23, Köpplodtstraße 25, zu richten. Die Parteien, Gewerkschaften und Organisationen mögen von dieser Aenderung Kenntnis nehmen.

Zur Baumblüte nach Werder sind am letzten Sonntag unzählige Berliner gefahren. Zwar konnten keine Sonderzüge fahren, diezüge waren entsprechend überfüllt. Einer der Reisenden, die auf die Dächer gestiegen waren, stürzte vom Zug und wurde getötet. Am letzten Sonntag sind 20 000 Reisenden nach Werder befördert worden.

Die geschäftigsten Musiker. Die Verordnung, daß für eine Woche alle öffentlichen Theater- und Musikveranstaltungen, soweit bei ihnen nicht ein höheres Interesse der Kunst und Wissenschaft obwaltet, insbesondere aber musikalische Vorträge in Gast- und Schenkstätten unterbleiben, trifft wieder einmal die Musiker besonders schwer. Seit der Revolution haben die Musikhausmeister und die in Tanzsälen beschäftigten durch Unruhen und Streiks anderer Berufe 40 Tage unfreiwillig feiern müssen. Nun wird diesen Arbeitern auch noch eine Woche von 8 Tagen in Form einer Arbeitsruhe auferlegt. Die Osterverwaltung des Zentralverbandes der Musikmeister hat ihren Mitgliedern empfohlen, sich ihren Arbeitgebern zur Dienstleistung zur Verfügung zu stellen, da die Verordnung des Oberkommandos als ungeschicklich angesehen wird.

Eine ähnliche Erklärung der Internationalen Arbeiterliga sagt noch mit Recht: Die „Belastung des Oberkommandos“ trägt weder Datum noch Unterschrift. Sie bezieht sich auf kein Gesetz. Nachträglich verlautete, sie sei auf Grund des § 4 des Belagerungszustandsgesetzes erlassen. § 4 kann gar nicht herangezogen werden, weil von kompetenter Stelle im Oberkommando selbst zugegeben wurde. Selbst § 4 würde

Große öffentliche sozialdemokratische Kundgebung gegen den Gewaltfrieden der Entente

am Dienstag, den 13. Mai, nachmittags 5 Uhr, auf dem Königsplatz.

Referenten: R. Fischer, F. Krüger, Gräf, Woldt, O. Braun, Löffler, Lübbring, Schulz, Limberg, Liesbeth Köhl, Hauschild.

Erscheint in Massen!

Der Vorstand des sozialdemokratischen Bezirksverbandes für Groß-Berlin.

Proteste aus dem Reiche.

Aus allen Teilen des Reiches und aus allen Ständen läuft eine unausgesetzte Flut von Protesten gegen den Gewaltfrieden ein. So fand in Bremen in der Börse eine unter überaus zahlreicher Beteiligung aller Kreise veranstaltete Protestversammlung der Bremischen Kaufmannschaft gegen die Versailler Friedensbedingungen statt, die einen in jeder Beziehung denkwürdigen Verlauf nahm. Nach einem Referate des Präsidenten der Handelskammer, Sturm, wurde eine Resolution der Regierung übermittleit, in der um Ablehnung des Friedens der Verflachung und der Rache und um den Vorschlag eines Friedens der Veröhnung gebeten wird.

In Apenrade saßen 10000 schleswig-holsteinische Männer und Frauen in einer öffentlichen Kundgebung eine Entschliebung, in der sie geloben, an ihrem Vaterland festzuhalten.

Der Deutsche Lotterienbund erläßt eine Kundgebung, die sich gegen den Gewaltfrieden aus dem Grunde richtet, weil er geeignet sei, für immer die Harmonie der Völker zu stören und es nie mehr zu einem gedeihlichen Zusammenarbeiten auf dem Gebiete des Handels und der Schifffahrt kommen lassen. Darum erwartet der Deutsche Lotterienbund, daß die Regierung bei dem bereits ausgesprochenen „Nein“ verharret und durch Verhandlungen einen Gerechtigkeitsfrieden erwirkt.

Der Reichsausschuß akademischer Verusstände als Interessensvertretung von 280000 deutschen Akademikern stellt sich geschlossen hinter die Reichsregierung, fordert eine Abweisung jeder Vergewaltigung und erwartet, daß die Regierung auf keinen Fall die 14 Punkte Wilsons preisgibt.

In Oberschlesien herrscht nach einem Bericht der P. P. R. aus Katowitz unter dem Druck der außenpolitischen Lage wirtschaftlich und politisch vollkommene Ruhe und Einigkeit. Selbst die polnischen Arbeiter, die früher für den Anschluß an Polen lebhaft agitirt haben, sind durch die vollendete Tatsache der vorliegenden Friedensbedingungen in sehr gedrückter Stimmung. Von Oberschlesien geht ein Regen von Protesttelegrammen aus. Vor allem die Grenzorte Lublitz, Rosenburg und Kreuzburg, die als besonders polnisch bekannt waren, wehren sich jetzt in entschiedenen Protesten gegen die Loslösung vom Deutschen Reich. Überall finden spontane Kundgebungen und Versammlungen statt.

Deutsch-Oesterreich bleibt fest.

Wien, 11. Mai. Nach den Versammlungen der politischen Parteien zugunsten des Anschlusses an Deutschland erschien eine Gruppe der Versammlungsteilnehmer vor der Staatskanzlei, wo sich eine Abordnung zum Staatskanzler Renner begab, um ihm die Entschliebung der nationalen Parteien zu überreichen. Vor dem Gebäude sang eine gewaltige Menge nationale Lieder und verlangte stürmisch das Erscheinen des Staatskanzlers. Dieser erschien auf dem Balkon und hielt eine Ansprache, in der er u. a. ausführte: Wir wissen heute noch nicht, wie sich Deutschland entschließen wird, aber wir müssen eines verstehen: Wenn auch der Reich des Leidens noch so bitter ist, unsere deutsche Seele und unser deutsches Wesen werden wir nicht preisgeben. Wir sind heute in einem Zustand tiefer Erniedrigung. Aber so wahr es einen westfälischen Frieden gegeben hat und dieser gerissen wurde, so wird dieser Friede nicht das letzte Wort der Geschichte sein. Bleiben Sie fest in dem Gedanken, daß unsere nationale Gemeinschaft, die im Jahre 1866 zerrissen worden ist, aufrecht erhalten wird, zunächst im Geiste und im Herzen. Alles andere müssen wir unserer festen Entschlossenheit vorhalten. Der heutige Tag und die heutigen Kundgebungen sollen auch ein Zeichen nach außen sein und jene Völker, die das Wort von der Selbstbestimmung verbreiteten, belehren, daß auch hier eine Nation lebt, die ihr Selbstbestimmungsrecht haben will, und daß dieses Selbstbestimmungsrecht unzerstörbar ist, und daß wir uns das ewige Recht wieder holen werden, und sei es von den Sternen. (Stürmische Heilrufe.)

Jugendliche Arbeiter zur Zwangsarbeit nach Belgien?

Der deutsche Vorsitzende der Waffenstillstandskommission überreichte am 8. Mai in Spa dem Vorsitzenden der belgischen Waffenstillstandskommission folgende Note:

Folgendes ist hierher berichtet worden:

Witte Januar d. J. sei in der „Saarbrücker Zeitung“ eine amtliche Bekanntmachung des französischen Stadtkommandanten des Invalide erschienen, daß alle jugendlichen Arbeiter zwischen 14 und 18 Jahren ohne Ausnahme ausgehoben und zu Zwangsarbeit in Belgien verwandt werden sollten. In Ausführung dieser Bekanntmachung seien dann an jugendliche Arbeiter amtliche, von dem französischen Stadtkommandanten und dem deutschen Oberbürgermeister Mangold unterzeichnete und abgestempelte Zustellungen bewirkt worden, in denen sie aufgefordert wurden, sich zu einer bestimmten Zeit auf der Kommandantur zu melden. Grund und Zweck der Meldung waren in den Schriftstücken nicht angegeben. Es sollen dann einige Zeit danach jugendliche Arbeiter der Grube Lufenthal, denen derartige Zustellungen ausgehändigt worden waren, von französischen Soldaten nach Belgien zu Zwangsarbeiten abtransportiert worden sein.

Im Auftrage der deutschen Regierung bitte ich, mir über die oben erwähnten Vorfälle baldmöglichst Aufklärung zu geben. Sollten in der Tat Zwangsmassnahmen der angezeichneten Art vorgenommen worden sein, so wird hiergegen bereits jetzt nachdrücklich Verwahrung eingelegt.

Polens Landhunger noch nicht befriedigt.

Angeichts des bevorstehenden Eintreffens der deutsch-österreichischen Friedensdelegation in Saint Germain, befragte Petiti Journal die italienischen Bevollmächtigten, sowie die Vertreter früherer Völker Oesterreich-Ungarns oder österreichisch-ungarischer Randvölker über die Ansichten betreffs der Lösung des österreichischen Problems und der kritischen Punkte. Der italienische Vorgesandungsminister Crespi befragte zunächst die italienische Territorialforderungen auf Fiume und sprach den Wunsch Italiens aus, mit Serbien, Polen und der Tschechoslowakei in Freundschaft zu leben. Er erklärte, Italien sei der Ansicht, daß die Entschädigungen und Wiedergutmachungen von der Gesamtheit der Völker geleistet werden müssen, welche 1914 von Wien und Budapest abgingen. Alle haben Anteil, fuhr Crespi fort, an der Verantwortlichkeit bei den Schäden, welche Italien, Frankreich, Belgien und Serbien erlitten haben. Man darf nicht vergessen, daß Slodogeschichte die größte Wirkung auf belgische und französische Befestigungen hatten.

Ein Mitglied der serbischen Delegation erklärte: Wir sind bereit, nachdem unsere Forderung befriedigt ist und unsere Schäden ausgeglichen sind, mit unseren nördlichen Nachbarn in freundschaftliche Beziehungen zu treten. Durch unser Land finden deutsch-österreich und Ungarn den Zugang zum Meer. Wir werden es ihnen durch große Konzessionen erleichtern, damit sie unabhängig von Deutschland sich entwickeln können.

Der polnische Delegierte Dmowski meint, daß die Lösung der Danziger Frage im Friedensvertrag Polen nicht gänzlich befriedigt, da Polen im Falle eines Angriffs durch Deutschland von den Alliierten sofort abgeschnitten werden könnte. Deshalb müsse Polen auch über das Schwarze Meer und Konstanza Verbindung mit den Alliierten erhalten, also eine gemeinschaftliche Grenze mit Rumänien besitzen. Dies sei nur möglich, wenn Ostgalizien an Polen angegliedert werde.

Kramarcz wies namentlich auf die ungeheure Bedeutung des Vordens von Teschen hin. Von der Lösung des Problems von Teschen, bezüglich dessen die Tschechoslowakei sich in die Hände der Konferenz gebe, hänge die ganze politische Zukunft der böhmischen Republik ab, und die Gestaltung der Beziehungen mit deutsch-österreich hänge nur von dieser ab. Die Tschechoslowakei werde nichts tun, um ihm die Lage zu erschweren. Uebrigens besitze die Tschechoslowakei die beste Waffe, um Angriffslüste deutsch-österreich zu unterbinden, denn es sei wirtschaftlich in der Hand der Tschechoslowakei.

Kritische Haltung der Mailänder Blätter.

Europa vor dem Chaos.

Berlin, 12. Mai. Mailänder Blätter vom 10. Mai kritisieren scharf den Friedensvertrag, der geeignet sei Europa in ein unabweisbares Chaos zu stürzen, und protestieren besonders gegen die Vergewaltigung deutsch-österreichs, die eine empfindliche Schädigung der italienischen Interessen bedeute.

Warnungen der englischen Presse.

Unertägliche Friedensbedingungen.

Haag, 12. Mai. Eine Warnung vor der Schaffung neuen Unrechts durch den Friedensvertrag, das nach Jahren wiederum nach Genehmigung sämmt, spricht Manchester Guardian vom 8. d. Mts. in einem Leitartikel aus. Das Blatt mißbilligt die Regelung der Saarfrage, ebenso wie die in der Danziger und ostpreussischen Frage getroffene Lösung. Es bezeichnet die finanziellen Bedingungen als für die englischen Anschauungen unerträglich und wünscht die Festschließung einer Summe, welche Deutschland in kürzester Zeit zahlen könne, und zwar mit Hilfe Englands. Eine weise Politik würde Deutschland nicht länger als Feind betrachten, der zu fürchten und zu betrachten sei, sondern als einen Teil Europas. In diesem Europa sei Deutschland selber ein wesentlicher Bestandteil, und es bedürfe langer Jahre der Hilfe und Unterstützung Englands, um es vor dem Untergang zu retten.

Daily News vom 9. d. Mts. betont, daß die Dauerhaftigkeit des Friedens nur in einer praktischen Organisation des Völkerbundes erblickt werden könne. Nehre man zur Herrschaft der Gewalt zurück, so hätten die Beschlüsse der Pariser Konferenz nicht die geringste Aussicht auf Dauer, und Europa und die Welt ständen der drohenden Anarchie gegenüber.

Der Ring um Budapest.

Haag, 12. Mai. (S. R.) Holländisch Neues Büro meldet aus Paris: Aus Basel treffen hier Nachrichten ein, daß die in Ungarn vorrückenden rumänischen Truppen mit den Tschechoslowaken Kontakt gefunden haben und daß nunmehr die Festschließung einer neuen Demarkationslinie erzwungen wird.

Die Lage in Leipzig.

Aus Leipzig wird den P. P. R. gemeldet: Leipzig östlich der Pleiße ist durch das erste Landesjägerregiment, das zweite Landesjägerkorps und die Reichwehrrbrigaden II und IV besetzt. Die Vororte westlich der Pleiße werden im Laufe des heutigen Tages durch die sächsische Grenzjägerbrigade besetzt werden.

Eine am Sonntag abend zwischen Vertretern der Stadt Leipzig und dem Stabe des Korps Märker abgehaltene Besprechung hat ein befriedigendes Ergebnis gezeitigt. Im allgemeinen ist man der Ansicht, daß ein Generalstreik keinen Erfolg verspricht.

Nochmals die Spandauer Staatsbetriebe.

Wir erhalten folgende Zuschrift:

„Das Reichswirtschaftsministerium teilte mir durch Unterstaatssekretär v. Möllendorf mit, daß der Minister Wiffel mit dem Vorschlag, die Heeresbetriebe dem Reichswirtschaftsministerium zu unterstellen, im Kabinett nicht durchgedrungen sei; es sei vielmehr das Reichswirtschaftsministerium gebildet und diesem die bes. Institute unterstellt worden. Die ihm überreichten Denkschriften seien dem Reichswirtschaftsministerium weitergegeben worden. Das wurde mir in Besprechungen im Reichswirtschaftsministerium bestätigt. Wenn nun Reichswehrminister Roske auf den Artikel des Genossen Cohn erwidert, die Spandauer Staatsbetriebe seien dem Reichswirtschaftsministerium unterstellt, so wird ihm da wohl ein Irrtum unterlaufen sein, es sei denn, er habe auf meine Denkschrift, die ich ihm überreicht habe, die aber identisch mit der von mir dem Reichswirtschaftsministerium überreichten ist, jetzt anders verfaßt.“

Sollten die heeres- und marinetechnischen Institute dem Reichswirtschaftsministerium wirklich unterstellt werden, so wäre dieses mit Freuden zu begrüßen.

Freit Ehrcke, Berlin-Pankow.

Stumpfsinn.

Die „Freiheit“ bezeichnet unsere Bestimmung, daß dieser Frieden der Tod jeder Sozialisierung sei, als „Stumpfsinn“.

Aber woher rührt dieser „Stumpfsinn“? Wir erinnern uns, ihn in der — „Freiheit“ gelesen zu haben, die am vergangenen Freitag wörtlich schrieb:

Werden sie (die ungeheuren Kosten des Friedensvertrages) und aufgezogenen, so ist die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands auf Jahrzehnte gehemmt und damit der Boden gerümpelt, auf dem allein die sozialistische Umgestaltung Deutschlands vor sich gehen kann.

Jetzt will die „Freiheit“ erzählen, daß wir in der Frage Sozialisierung nach einer neuen „Ausrede“ suchen. Schade, daß diese Ausrede von ihr selber stammt! Wie heißt es übrigens in dem offiziellen Aufruf der U. S. P., der am Montag in der „Freiheit“ zu lesen stand? Dort wurden die Bedingungen der Entente mit folgenden Worten charakterisiert:

Das Wirtschaftsleben des deutschen Volkes wird erwürgt, das Proletariat verflaut.

Daß Proletariat wird verflaut, aber die „Freiheit“ erzählt, daß der ungünstige Frieden die Sozialisierung begünstige. Sozialismus auf der Grundlage der Sklaverei! Stumpfsinn, Stumpfsinn, du mein Vergnügen . . .

Das kastrierte Freiheitslied.

Sozialdemokratische Kampfgesänge in spartakistischer Verarbeitung.

In den elendsten Jammergezeiten des deutschen Hyantinismus triden ordensklammer Ueberpatrioten selbst aus dem Geiß Dir im Siegerkranz“ die Verse von der „Liede des freien Mannes“. Das Wort Freiheit war ihnen gar zu widerwärtig. Jetzt sind unsere Kommunisten da angelangt, wo die Diktatorischen aufgehört haben. In der „Waffenzeit“ des geeinigten Proletariats „Bühntemberg“ (in Wahrheit von einer Handvoll Kommunisten herausgegeben) ist von der Arbeiter-Marschallise der dritte Vers ausgehoben:

„Das freie Wahlrecht ist das Zeichen,
in dem wir siegen, nur wohnt!
Nicht predigen wir daß den Reichen,
Nur gleiches Recht für jedermann.“

Und vom Sozialistenmarsch wurde der 2. Vers gestrichen:

Nicht mit dem Rüstzeug der Barbaren
Mit Flint' und Speer nicht kämpfen wir.
Es führt zum Sieg der Freiheit Schwere
Des Weistes Schwert, des Rechts Panier.“

Vom freien Wahlrecht, vom gleichen Recht, vom Recht und vom Geiß können die Kommunisten nicht singen hören.

Und gar zu singen, daß man nicht mit dem Rüstzeug der Barbaren, nicht mit Flinten und Speer kämpfen wolle, — das ist zuviel von Spartakus verlangt. Zwar sind die Kommunisten ganz friedliche Leute, aber mitunter geht es ihnen wie bei der Ermordung Keurings. Damals erklärte ihr Chemnitzer Blatt jeden für einen schuldigen Mörder, der die Schuld an Keurings Tod den Spartakisten zuschieben wolle, — und drei Tage darauf drohte dasselbe Blatt den übrigen sächsischen Ministern, sie würden ebenso wie Keuring in die Erde geworfen werden! — Nicht mit dem Rüstzeug der Barbaren, — das ist in der Tat kein Lied für sie.

„Die Rettung der Revolution.“ In einer am Sonntag stattgefundenen öffentlichen Versammlung der Gesellschaft „Aufbau und Werden“ in den Germania-Hallen wurde nach Referaten der Genossen Prolat und Zidler folgende Entschliebung angenommen:

„Die heutige Versammlung, besetzt von Angehörigen aller drei sozialistischen Richtungen, hält die Einigkeit nicht nur des deutschen, sondern des ganzen Weltproletariats für eine unumgängliche Voraussetzung des endgültigen Sieges des Sozialismus im Sinne der organischen Entwicklung. Sie beglückwünscht die Zentralfelle für Einigung der Sozialdemokratie zu ihren Bestrebungen.“

Einige Kommunisten stimmten gegen diese Erklärung.

Verichtigung.

Der in unserer Abendausgabe mitgeteilte Besuch Vohers bei Scheidemann hat nicht stattgefunden; dementsprechend fallen die an die Meldung geknüpften Folgerungen fort.

Gewerkschaftsbewegung

Die Mission der Gewerkschaften.

Die sprunghafte Entwicklung der Gewerkschaften angeführten Gewerkschaften, deren Zahlen wir kürzlich in „Vorwärts“ veröffentlichten, kommentiert Paul Umbreit in einem Artikel wie folgt:

Diese Zahlen besagen, daß die großen Massen der Arbeiter und Angestellten den Wert der Gewerkschaften vollumfänglich erkannt haben und ihnen volles Vertrauen entgegenbringen. Es kann im Ernst gar keine Rede davon sein, daß sich die Gewerkschaften überlebt hätten und daß sie durch syndikalistische Betriebs- und Räteorganisationen abgelöst werden könnten. Die Entwicklung drängt im Gegenteil, wie das Wachstum der großen Verbände erkennen läßt, mehr denn je zur Zentralisation und Konzentration der Kräfte und zur zentralen Regelung der Arbeitsverhältnisse. Da überdies die Gewerkschaften durch ihre von der jüngsten Vorstandskonferenz beschlossenen Richtlinien für ihre künftige Wirksamkeit darauf hinweisen, daß sie ebenfalls alle vorbereitenden Maßnahmen zur Sozialisierung der Volkswirtschaft unterstützen, als auch für die Einrichtung von Betriebs- und Arbeiterräten einzutreten, so liegt kein ernüchterter Grund vor, den Gewerkschaften mit Mißtrauen entgegenzutreten. Die Betriebsdemokratie findet keine zuverlässigere Stütze als bei den Gewerkschaften, die durch ihre jahrzehntelange Vorarbeit zur Umwandlung der Einzelarbeitsverträge in Kollektivverträge dem kapitalistischen Herrschaftssystem am nachhaltigsten den Boden entzogen haben. Sie haben dadurch zugleich für den Sozialismus den Boden gebereit.

Aus den Zahlen ergibt sich des Weiteren, daß in den Gewerkschaften ein großer

Bedarf an fähigen Kräften

der Arbeiterschaft vorhanden ist und daß den Begabten ein weites Feld für den wirtschaftlichen Aufstieg offen steht. Das ist sicher zu begrüßen, denn die Vorbereitung der Sozialisierung braucht eine Armee von Kräften, die den Produktionsprozeß nicht bloß technisch, sondern auch volkswirtschaftlich beherrschen. Die Gewerkschaftspressen bieten dafür die beste Schule zur Vorbereitung. Auch die Durchführung der Räteverwirklichung in den Betrieben, Ortsräten und Bezirksvereinigungen erfordert zahlreiche Kräfte mit mehr als gewöhnlichen Berufskennntnissen. Für ihre Heranbildung muß in den Gewerkschaften durch volkswirtschaftliche Kurse und Fortzüge Sorge getragen werden. Angesichts dieser ungeheuren gesteigerten Ansprüche an die Kapazität der Gewerkschaften ist es getarnter Wahnsinn, wenn jetzt von unabhängigen sozialistischen oder kommunistischen Kreisen fortgesetzt langjährige und erfahrene Gewerkschaftsbeamte herausgewählt, entlassen und gemäßregelt werden. Ganz abgesehen von der Unzulässigkeit, solche Beamte wegen ihrer politischen Überzeugung abzusetzen, schaden sich die Gewerkschaftsmittelglieder durch solche Handlungen selbst in der bedenklichsten Weise, denn sie entziehen ihre Organisation von den bestfähigsten Kräften, an denen nirgendwo Überflus ist und deren jede Gewerkschaft gerade jetzt am nötigsten bedarf.

Diese Funktionäre sind noch viel kurzweiliger, als der brutaleste Unternehmer,

der sich wohl hütet, in der Zeit der Hochkonjunktur die Werte, die er gebraucht, wegen politischer oder gewerkschaftlicher Handlungen zu mahlen. Einmal Einfluß in die Lebensbedingungen einer Organisation, für die der Arbeiter Woche für Woche durch seine Beiträge Opfer bringt, sollte den Leuten selbst nahelegen, wie sehr sie sich durch ihre Vorgaben schädigen.

Die Gewerkschaften freilich werden darunter nicht zu Grunde gehen. Sie haben ihre große historische Aufgabe zu erfüllen: die Arbeitsverhältnisse zu verbessern und durch Kollektivverträge zu regeln, sowie die Arbeiterinteressen gegenüber Staat und Geseßgebung zu wahren. Diese Aufgabe werden sie ebenfalls unter der Leitung eines Mehrheitssozialisten als unter der eines Unabhängigen oder Kommunisten erfüllen müssen. Selbst ein Sportfiskal kann nicht andere Kollektivverträge schließen, als ein Libetaler oder Mikromanager. Da verschlägt es also wenig, ob ein Müller oder Schullehrer durch einen Rechner oder Schmidt ersetzt wird. Worauf es aber ankommt, ist, daß den Gewerkschaften diese fähigsten Köpfe zur Führung erhalten bleiben, denn Unfähigkeit in solcher Stellung schlägt stets zum Schaden der Mitglieder aus und verzögert nicht bloß den Aufstieg der Arbeiter-

Klasse, sondern auch die Hebung der Produktion in die sozialistische Volkswirtschaft.

Hans Ragerl †

Der Hauptkassierer des Verbandes der Brauerei- und Mühlenarbeiter, Hans Ragerl, ist am 10. Mai nach kurzem Krankenlager gestorben. Seit 21 Jahren, ab Mai 1898 bekleidete er dieses Amt zur größten Zufriedenheit seiner Organisation, die in ihm einen pflichterfüllten Angestellten berliert. Die Beerdigung des Verstorbenen findet am Donnerstag, den 15. Mai, nachmittags 4 Uhr, auf dem Friedhof in Arnstede statt. Abfahrt 2 Uhr Briegeener Bahnhof.

Zweite Reichskonferenz der Lagerhalter.

Die im Zentralverband der Handlungsgehilfen organisierten, in den Konsumvereinen beschäftigten Lagerhalter und Lagerhalterinnen hielten in Hannover ihre zweite Reichskonferenz ab. Den Geschäftsbericht gab der Vorstandsmittglied Döhnel. Aus dem Bericht sei erwähnt, daß es dem Zentralverband der Handlungsgehilfen gelungen ist, in verschiedenen Konsumvereinen, so vor allen in denen Rheinland-Westfalens, die Grundgehälter zu erhöhen. Im allgemeinen aber mußten sich auch die Lagerhalter mit den dem Tarifamt des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine berechneten Teuerungszulagen begnügen. Auch der Wiedereinstellung der im Heeresdienst befindlichen Lagerhalter wurde von verschiedenen Konsumvereinen Schwierigkeiten bereitet, deren Beseitigung dem Verband viel Arbeit verursachte. Mehrfach wurden sich besonders eingehende Schiedsgerichte mit dieser Frage beschäftigen. Auch das Tarifamt wird sich noch damit beschäftigen müssen. Der Berichtsteller erwähnte dann die Frage, ob es bei den unauflösbaren Differenzen, die zwischen Verwaltungen und Lagerhalter entstehen, so vor allem bei Klärung der Randfrage, richtiger sei, die Schiedsgerichte beizubehalten oder die ordentlichen Gerichte anzurufen. Er kam zu dem Schluß, daß es nicht angebracht sei, auf eine Beseitigung der Schiedsgerichte hinzuwirken.

In der Diskussion wurde die Arbeit des Hauptvorstandes gewürdigt und nur unbedeutende Kritik daran geübt. Im allgemeinen war man mit der Tätigkeit des Hauptvorstandes zufrieden. Auch an der Redaktionsführung des „Mittelalters“ wurde eine beachtenswerte Kritik nicht geübt. Den Bericht über die Arbeit des Redakteurs Hartmann, der besonders auf die Schwierigkeit hinwies, die das Generalkommando in den Marken der Redaktion bereitet hatte.

Ueber das Thema: Wie ist das Arbeitsverhältnis der Lagerhalter im neuen Deutschland zu gestalten? referierte ebenfalls Döhnel. In seinem Referat wies der Redner auf das Mißverhältnis hin, mit dem in Zukunft die Gewerkschaften, aber auch die Konsumgenossenschaften rechnen müssen. Das Mitbestimmungsrecht müsse auch den Lagerhaltern eingeräumt werden, zum Teil sei es schon mit vorzusehen in einem den Delegierten vorliegenden Vertragsentwurf. Dieser Entwurf wurde durch beschlossene angenommene Anträge abgeändert.

Herangezogen sei, daß eine Umschreibung von 3000 RM. festgelegt wurde und die Befestigung und Rückzahlung der Kautions Elemente nicht, sie verschützte nur die „freie Bahn dem Täbigen“, der nicht im Besitz einer größeren Geldsumme sei.

Die Konferenz beschloß, das Vorstandsmittglied Döhnel dem Verbandstag des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen zur Wiederwahl vorzuschlagen. Auch der Redakteur Hartmann wurde wiedergewählt.

Die Frage des Betriebsterror.

Der Vollzugsrat beschäftigte sich in einer am 12. Mai abgehaltenen Sitzung, an der auch der Ausschuß der Gewerkschaftskommission teilgenommen hat, mit einer Resolution, die in der Vorbereitungssitzung vom 5. April der Arbeiter- und Soldatenräte angenommen worden ist. Diese besagt, daß die Versammlung jeden, der sich bei den Freiwilligenverbänden anwerben läßt, die schärfste Verachtung ausdrückt und die Arbeiterschaft auffordert, mit ehemaligen Angehörigen der Koslogarde nicht zusammenzuarbeiten. Diesen Beschluß haben sich mehrere Gewerkschaften zu eigen gemacht bzw. ähnliche Beschlüsse gefaßt.

Wenigere Organisationen trugen gegen diese Beschlüsse starke Bedenken. Auch hat der Reichswehrminister Koste den schärfsten Kampf denjenigen Organisationen an-

gezeigt, die im Sinne dieser Beschlüsse vorgehen wollen. Diederum wollen die Gewerkschaften, die bereits diese Beschlüsse gefaßt haben, dabei beharren und den Kampf mit dem Reichswehrminister aufnehmen.

Eine von beiden Räteorganisationen gewählte Kommission wird beauftragt, mit dem Reichswehrminister zu verhandeln, um dieses darauf aufmerksam zu machen, welche Gefahren drohen, wenn die von dem Minister Koste angeordneten Maßnahmen den Arbeitern gegenüber Anwendung finden.

Eine von den Parteien der Heilstätte Weich eingezogene Beschlüsse, daß der Zentralrat dem in Weich gewählten Arbeiterrat die Spitzengewaltigkeit verleiht, wird dadurch erledigt, daß eine Kommission mit dem Zentralrat in Verhandlung treten wird.

Der Angehörigen-Ausschuß des Kriegsministeriums schreibt uns zu der Notiz „Abfindung weiblicher Hilfskräfte“: „Die Angabe der Notiz vom 10., daß die zu Abfindenden weiblichen Hilfskräfte im Kriegsministerium durch Stellenlose und Kriegsbeschädigte ersetzt werden sollen, trifft nicht zu. Wahr ist vielmehr, daß das Kriegsministerium bereits seit Monaten nur Militärantwärtter und Kapitulanten als Ersatz für die gekündigten Hilfskräfte heranzieht. Die Hilfskräfte im Kriegsministerium werden also nicht entlassen, um Stellenlosen und Kriegsbeschädigten Platz zu machen, sondern um die freizumachenden Stellen mit Militärantwärttern und Kapitulanten, die aus ganz Deutschland nach dem hungernden Berlin beordert werden, zu besetzen. Kriegsbeschädigte und Stellenlose aus dem Bezirk Groß-Berlin sind in den letzten Monaten überhaupt nicht berücksichtigt worden.“ — Auf die Antwort des R.-M. sind wir nun gespannt.

Und wird noch geschrieben: In den Bureau der Eisenbahndirektion Berlin befinden sich noch immer eine Anzahl weiblicher Hilfskräfte, zum Teil noch die reinlichen Kinder, die wirklich für das schwere Werk nicht das leisten, was man für einen solchen Betrag verlangen kann. Allerdings sind es verhältnismäßig Kinder, Werdende oder Bekannte von Beamten in ganz guten Verhältnissen. Viele der männlichen Stellenlosen und Kriegsbeschädigten, die doch gerade in Berlin zu Tausenden herumlaufen, würden gewiß gern diese leichte und angenehme Arbeit für das schöne Geld verrichten.

Gewerbliches Personal der Kriegsgesellschaften, Organisationen und Feuerbetriebe. Heute, Dienstag, abds. 6 Uhr, im „Königshaus“, Holzmarkt 72, Ecke Alexanderstraße, ummelt Alexanderplatz: Protokollversammlung. Tagesordnung: Die Verkleidung unserer Kolonnenführer während des Reichstagsantritts. — Auch die jugendlichen Kollegen und Kolleginnen sollen beweisen, daß sie auf dem Posten sind. Deutscher Transportarbeiterverband, Zentralverband der Handlungsgehilfen.

Waldhauer. Am Donnerstag, 15. Mai, abds. 7 Uhr, im „Gewerkshaus“, Engelstraße 15, Saal I: Mitgliederversammlung. Vortrag: „Mittelstand und Gewerkschaften“. Referent: Gen. Rajzahn.

Parteinachrichten.

Von der Parteipresse. Aus der Redaktion der „Brandenburger Zeitung“, unseres Parteiblattes in Brandenburg (Gabel), ist Redakteur Genosse Franz Witzel ausgeschieden. Er hat einem Rufer an unser Parteibüro in Dessau, das „Vollblatt für Anhalt“, Folge geleistet. Den Vollen des leitenden Redakteurs der „Brandenburger Zeitung“ hat Genosse Paul Brien übernommen, der bereits längere Zeit vertretungsweise als Leiter des Blattes tätig gewesen war.

Genosse Jean Weersfeld-Blin ist an beiderseitiger Lungenerkrankung und Herzschwäche so schwer krank, daß ernste Besorgnisse um sein Leben bestehen. Wir wollen hoffen, daß uns unser ausgezeichneter Kämpfer erholen bleibt!

Briefkasten der Redaktion.

Bahnhof Zbindlerfeld. Solange anonymer nicht verwendeter G. R. 60. Ein solches Verzeichnis ist nicht bekannt. — Rüd: 30. Ist jetzt beschlagnahmt; die Sozialisierungsabsichten der Regierung kennen wir leider nicht.

Verantwortlich für Politik: Ullrich Ritter, Charlottenburg, für den übrigen Teil des Blattes: Ulrich Scholz, Berlin; für Anzeigen: Ullrich Ritter, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin, Druck: Vorwärts-Druckerei und Verlagsgesellschaft, Berlin, Lindenstraße 3, Stern 2. Beilage.

Wichtige Mitteilung für alle Leser des „Vorwärts“

Alle Leser des „Vorwärts“ erhalten gegen Einzahlung des notwendigen Aufwandes ein Gratis-Probierheft der reichhaltigsten illustrierten Zeitschrift „Welt und Wissen“. Dieses Heft bringt von 27 bis 31 illustrierten gemeinverständlichen Abhandlungen aus allen Wissenszweigen. Jedes Heft enthält ca. 20 Artikel, 1 B. Der Preis in der Pfahldruckerei. — Wenn die Erde erzittert. — Wie erhalte ich mich

gesund. — Der Wille und dessen Organismus. — Das Leben unter Wasser. — Fernphotographie. — Wie und wo bei den Naturwissenschaften. — Der Mensch und die Geisteswelt. — Flüssige Luft. — Einfluss der Lebensweise auf das Menschenalter. — Verschwendung des Stilles in der Sokale. — Eine Fahrt im Unterseeboot usw.

Rufordern erhält jeder Abonnent eine große illustrierte Hausbibliothek gratis und zwar zu jedem Jahrgang drei Werke. Damit jeder Leser darauf abonnieren kann, ist der Preis auf nur 30 Pf. pro Heft festgesetzt.

Gutschein V
 In den Verlag „Welt und Wissen“ Berlin-Schöneberg, Am Park 11, 34 Heftes hiermit ein Probeheft kostenlos.
 Name: _____
 Ort: _____

A. WERTHEIM
 Billige Wirtschafts-Artikel

Ein Posten Emaille-Deckel 3 Preislagen 160 200 240	Beeteinfassungen 22 Pf. Gärtnerpaten 6.00 bis 6.50 Gartenharken 70 Pf. bis 2.25 Gartenkellen 30 Pf. bis 1.60 Gartenscheren 2.50 bis 5.40 Raupenscheren 4.00 Jätehackchen 1.10 bis 1.80 Grasscheren 1.80 bis 2.70 Damenspaten 5.00 Kinderspaten 1.80 bis 2.25 Blumenampeln 70 Pf. bis 2.00 Schlauchständer 19.50	Brotschneidemaschinen 16.75 bis 20.00 Tellerwagen 12.00 bis 14.00 Reibemaschinen 10.35 bis 13.30 Messerputzer „Husar“ 1.85 Gaskocher 2 Loch 30.75 desgl. mit 2 Portkokochstellen 48.75 2 Gaslösen mit Brühler 22.50 Spirituseisen 19.00 bis 20.25 Rasenmäher 30.50 bis 59.00 Kaffeebrenner 6.50 Kuchenbleche 2.50 bis 3.40 Gazeschränke 24.50 bis 65.00	Touristenkocher email m. 3 Topf. 6.75 Touristenbestecke: Löffel-Gabel 2.25 Messer-Gabel 2.30 Konservenglasöffner 1.80 Tischtuchklammern 18 27 Pf. Spargelstecher 1.10 bis 2.25	Wäschelösern 3.00 6.00 8.00 Waschbretter m. Holzrinne 3.50 Schneurerlöcher 80 Pf. 1.00 Bahnerwachs 2.70 Schränkpapier blau 1.35 Toilettenpapier Rolle 45 Pf. Putz-Wickpaketen 4.00 4.75 Butterbrotpapier Rolle 1.15 Kaffeemöhlen 6.50 7.50 Wandkaffeemöhlen 8.50 Fleischbrotter 3.60 bis 5.50 Einheitsaschen 2.00 bis 3.20	Springformen 2.50 bis 3.60 Vorratsdosen lack. 1.35 1.70 Brotformen lack. 7.75 Schöpfkellen 2.95 Topfreiniger 60 Pf. Schauerbürsten 1.35 bis 2.50 Handwaschbürsten 70 Pf. bis 1.80 Teppichbesen 4.30 Straßenbesen 3.00 7.00 Blankbürsten 1.40 bis 2.70 Schmutzbürsten 1.40 bis 2.70 Auftragbürsten 25 bis 55 Pf.
---	--	--	---	---	--

Emallewaren

Sparkochtopf 4.50 Pfanne rund, mit Stiel 1.45 bis 5.00 Wasserkessel o. Kuppe 3.00 bis 8.75 Wasserkessel m. Kuppe 4.25 bis 9.50	Kochkistentöpfe 10.25 bis 12.25 Schaffnerkannen 1.20 bis 4.75 Kaffekannen 1.15 bis 4.75 Wasserkannen 4.00 bis 4.75	Essenträger 3.35 3.75 Salzstesen 2.25 Gemüseschüsseln . 80 Pf. bis 1.00 Schüsseln flach 85 Pf. bis 2.95
---	---	--

Besonders preiswertes Angebot in **Balkonpflanzen**
 Ein Posten holländische Alpenrosen stark mit Knospen besetzt 2.90

Korbmöbel-Abteilung
 Garten- und Veranden-Möbel aus Eisen, Korb und Holz
 Triumph- und Feldstühle in reicher Auswahl
 Reisekörbe und Handkörbe